Einzelpreis 70 Pfg. · 5. Jahrg. Dienstag, 17. Januar 1922 Nummer 27 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 55.— M., für das übrige Ausland 75.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8/9

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An die Partei!

Der Parteitag in Leipzig hat in konzentrierter viertägiger Arbeit die Marschroute unserer Partei für die nächste Zukunft vorgezeichnet. Unser Weg ist der des unabhängig und selbständig geführten Klassenkampfes, unter Ablehnung der Koalition mit bürgerlichen Parteien, aber in engster Kampfgemeinschaft mit den proletarischen Klassengenossen in den sozialistischen Bruderparteien und den freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten. Das in Leipzig beschlossene

Manifest

nimmt in diesem Sinne klar und scharf Stellung zu allen aktuellen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen, die national und international an das Proletariat herantreten und eine Lösung heischen.

Parteigenossen! An Euch ist es jetzt, die in diesem Manifest aufgestellten Forderungen in die Tat umzusetzen. Ueberall, wo Proletarier frohnden und seufzen unter dem Druck des Kapitalismus, in Werkstatt und Fabrik, in Stadt und Land, veranstaltet ungesäumt

Massenkundgebungen für unsere Forderungen,

die Forderungen des gesamten Proletariats sind. Rüttelt die Massen auf zum gemeinsamen energischen Kampfe. Schafft die proletarische Einheitsfront durch Verständigung mit allen befreundeten proletarischen Organisationen. Erlahmt nicht im Kampfe. Setzt immer wieder erneut und mit ständig verstärkter Wucht ein. Es gilt, der konzentrierten wirtschaftlichen und politischen Macht der Kapitalistenklasse die einheitliche und geschlossene Phalanx der Arbeiterklasse entgegenzustellen.

Parteigenossen! Führt in diesem Kampfe gleichzeitig unseren Organisationen immer neue Streiter zu, macht die Organisationen durch erhöhte Beiträge kampffähiger, sammelt Fonds für kommende Wahlkämpfe, sorgt für die Schulung und Bildung unserer Kämpfer, helft unserer Jugend, gewinnt die Frauen für unsere heilige Sache, agitiert für unsere vornehmste Waffe, die Parteipresse, arbeitet ohne Unterlaß an der weiteren Stärkung und Ausbreitung unserer Partei, der Vorhut des revolutionären Sozialismus.

Parteigenossen! Die in Leipzig gewählte Parteileitung wird Euch bei den Bemühungen zur inneren Stärkung der Partei und in kommenden politischen Kämpfen nach Kräften unterstützen. Ihre Adresse ist wie bisher:

Zentralleitung der U. S. P. D., Berlin C. 2, Breite Str. 8/9

Geldsendungen auf Postscheckkonto Nr. 106 212 Arthur Crispien.

Die Adresse der Kontrollkommission bleibt: Wilhelm Bock, Gotha, Nelkenberg 14.

Parteigenossen! Frischauf zur rastlosen Arbeit für unsere Partei, für unsere Leipziger Forderungen, für die Klasseninteressen des Proletariats,

für den revolutionären Sozialismus!

Berlin, den 16. Januar 1922.

Die Zentralleitung der USPD.

Brühl, Crispien, Dittmann, Hilferding, Krille, Künstler, Ledebour, Ludwig, Moses, Anna Nemitz, Rosenfeld, Mathilde Wurm, Luise Zietz.

Für eine internationale sozialistische Konferenz!

Ein Aufruf der Internationalen Arbeitsgemeinschaft

Das Bureau der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (J. A. S. P.) hat am 14. und 15. Januar 1922 in Berlin getagt und beschlossen, folgenden Aufruf zu erlassen:

An die Arbeiterparteien aller Länder!

Die imperialistischen Friedensdiktate haben das durch den Weltkrieg hervorgerufene Elend verbreitert und gesteigert. In den Ländern der Kriegsniederlage: fortschreitende Geldentwertung und trotz intensiver Arbeit fortschreitende Verelendung. In den Ländern des Kriegssieges und ebenso in den neutral gebliebenen: maßlos gesteigerte Arbeitslosigkeit.

Die ökonomische Bedrängnis, in der sich das Proletariat der ganzen Welt befindet, hat in den proletarischen Parteien aller Richtungen den Willen erzeugt, die Aktionen der Arbeiterklasse, soweit als irgend möglich, international zu vereinheitlichen. Aus diesem gleichen Wunsch entsprang die Resolution der englischen Labour Party auf ihrem Parteitag in Brighton am 24. Juni 1921, die Resolution der französischen sozialistischen Partei (S. F. I. O.) auf ihrem Parteitag in Paris am 2. November 1921, die Resolution des Parteivorstandes der sozialistischen Partei Italiens am 12. November 1921, die Resolution der Exekutive der Zweiten Internationale in der Sitzung in Brüssel am 23. November 1921, der Beschlüsse des Bureaus der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien in Frankfurt am 18. Dezember 1921, und der Antrag, den die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (K. P. D.) am 21. Dezember 1921 an die Exekutive der Dritten Internationale gestellt hat.

In allen durch den Krieg zerrissenen und gespaltenen Lagern des Weltproletariats findet also der Ruf nach internationaler Einigung ein immer lauteres Echo. Die

Herstellung der proletarischen Einheitsfront,

das ist die Forderung des Tages.

Die Arbeiter fühlen instinktiv, daß der gemeinsame Feind, die internationale Bourgeoisie, nur durch die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte wirksam bekämpft werden kann. Die proletarischen Parteien wissen, daß sie in ihrer Vereinzelung und in ihrer einander feindseligen Gruppierung nicht fähig sind, die ihnen obliegenden Aufgaben in vollem Umfange zu erfüllen. Für die Regierungen und die bürgerlichen Parteien aber ist die Tatsache des Vorhandenseins einander bekämpfender proletarischer Fraktionen ein Ansporn zur Verschärfung ihrer reaktionären Politik.

Der Wille zur Vereinheitlichung der internationalen Aktionen der Arbeiterklasse ist gerade in den letzten Wochen über alle Erwartungen hinaus rasch und kräftig gewachsen. Es liegen Vorschläge vor, eine allgemeine internationale Konferenz des klassenbewußten Weltproletariats zu organisieren; anderseits Vorschläge, eine auf die durch das Friedensdiktat von Versailles am direktesten betroffenen Länder beschränkte Konferenz zur Behandlung der brennendsten Frage: der Reparationen, auf das äußerste zu beschleunigen.

Die Sitzung des Bureaus der J. A. S. P. in Berlin am 14. und 15. Januar hat beschlossen, sich für die Verwirklichung beider Vorschläge einzusetzen: einerseits der Einladung der französischen sozialistischen Partei zu einer Konferenz der proletarischen Parteien Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Deutschlands zuzustimmen; andererseits Verhandlungen mit den Exekutiven in London und Moskau einzuleiten, damit eine

gemeinsame Einberufung einer allgemeinen Konferenz

durch alle internationalen Zentralorganisationen erfolge.

Ort, Zeitpunkt, Zulassungsbedingungen, Tagesordnung dieser allgemeinen Konferenz sollen durch Uebereinkunft zwischen den drei Exekutiven festgestellt werden. Die Vertretung der J. A. S. P. ist beauftragt, den anderen Exekutiven den Vorschlag zu unterbreiten, daß die allgemeine Konferenz zwar genügend vorbereitet werden muß, aber doch schon im Laufe des Frühlings 1922 stattfinden soll. Das Gelingen dieses ersten Versuches einer allgemeinen Konferenz soll durch Begrenzung der Tagesordnung auf das unmittelbar Notwendigste gefördert werden. Und zwar scheinen uns als unmittelbar gegebene Hauptgegenstände der Tagesordnung:

1. **die ökonomische Lage Europas und die Aktionen der Arbeiterklasse;**
2. **der Abwehrkampf des Proletariats gegen die Reaktion.**

Unser Vorschlag für die Zulassungsbedingungen ist: Zugelassen werden alle proletarischen Parteien, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, die Ueberwindung des Kapitalismus zum Ziele haben und die Notwendigkeit der gemeinschaftlichen internationalen Aktion des Proletariats zur Erfüllung dieses Zieles anerkennen.

Wir wagen, diesen Versuch einer Verständigung zur Herstellung einer internationalen Kampffront des Proletariats zu unternehmen im Hinblick auf die schmerzlichen Erfahrungen aller Arbeiterparteien in den letzten Jahren. Diese Erfahrungen haben das Bewußtsein der Verantwortung erzeugt, daß dem Wunsche des gesamten Proletariats entsprochen werden muß, dem Wunsche nach Konzentrierung der Kraft der Arbeiterklasse in solidarischer Aktion zur Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Indem wir Sie von unseren Beschlüssen und Vorschlägen in Kenntnis setzen und um baldige Mitteilung ersuchen, ob Ihre Partei prinzipiell denselben beipflichten kann, begrüßt Sie im Geiste internationaler Solidarität

das Bureau der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien.

Schutz des Reallohnes!

Eine neue stürmische Teuerungswelle ist im Anzuge. Die Erhöhung der Post- und Eisenbahngebühren, die Belastung aller Verbrauchsgegenstände mit Steuern, die beabsichtigte Erhöhung der Kohlenpreise werden zweifellos die Preise aller Waren erheblich in die Höhe treiben. In noch stärkerem Maße aber ist das zu erwarten durch den jetzt von der Reichsregierung für Mitte Februar angekündigten Abbau der Lebensmittelzuschüsse. Das wichtigste Nahrungsmittel, das Brot, soll künftig um 75 Prozent im Preise steigen. Starke Einschränkung der Lebenshaltung der arbeitenden Massen und der Rentenempfänger aller Art wäre die unausbleibliche Folge, wenn diese Belastung von ihnen getragen werden müßte und nicht durch eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Renten wettgemacht werden kann.

Wenn auch der Abbau der Lebensmittelzuschüsse jetzt auf das Geheiß der Entente erfolgt und somit unabwendbar ist, so darf doch nicht vergessen werden, daß die Haltung der deutschen Regierung zu den schlimmen Folgen dieses Abbaus wesentlich beigetragen hat. Sie hat durch die Einführung des Umlageverfahrens nur einen Teil des Brotgetreides für die menschliche Ernährung sichergestellt, den Rest den Erzeugern zur beliebigen Verwendung überlassen. Diese haben große Mengen Brotgetreide, angereizt durch die hohen Futtermittelpreise, an das Vieh verfüttert, ihre Umlage aber nicht voll erfüllt. Trotz großer Vorräte mußten also erhebliche Mengen Getreide aus dem Auslande eingeführt werden. Durch den Marksturz wurden die als Zuschüsse des Reiches für die Einfuhr ausgeworfenen Beträge schneller aufgezehrt, als vorausgesehen wurde. Da weitere Aufwendungen des Reiches durch die Forderungen der Entente nach dem Abbau der Zuschüsse unmöglich werden, ist jetzt der schnelle Abbau, verbunden mit der starken Preissteigerung, die notwendige Folge.

Die offiziöse Ankündigung dieser Absichten der Regierung schweigt sich vollkommen aus über die Frage, wie die damit verbundenen Lasten von den arbeitenden Massen künftig getragen werden sollen. Daß sie weder von den Arbeitern, noch von den Angestellten und Beamten, geschweige denn von den Rentenempfängern aller Art aus ihrem bisherigen kargen Einkommen gedeckt werden können, dürfte klar sein. Handelt es sich doch um eine neue Belastung, die selbst für eine kleine Familie von vier Köpfen wöchentlich etwa 28 bis 30 Mark, monatlich 120 bis 140 Mark, jährlich also 1400 bis 1600 Mark ausmacht.

Lohnerhöhungen also müssen erfolgen. Die Berechtigung dazu erkennt selbst die Regierung an. Sagt doch auch sie, daß für die Forderungen der Entente ausschlaggebend gewesen ist die Tatsache, „daß infolge der Lebensmittelzuschüsse des Reichs die Löhne in Deutschland bedeutend niedriger gehalten werden, wie im Ausland, daß Deutschland infolgedessen billiger produziert und die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt stärker in Erscheinung tritt“. Ist dies aber der Fall und hat der Staat bisher einen Teil des Lohnes in Gestalt von Lebensmittelzuschüssen selbst gezahlt, so hat er jetzt auch die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß künftig der Arbeiter den Lohnzuschuß von seinem Unternehmer erhält und daß nicht erst durch schwere Kämpfe, die das Wirtschaftsleben erschüttern und die Volkswirtschaft schädigen, diese Lohnerhöhungen erkämpft werden müssen.

Damit gelangen wir zu dem Gedanken zurück, den die Unabhängige Reichstagsfraktion bereits im Juni bei Beratung des Umlageverfahrens für Getreide vertreten hat. Sie forderte damals, daß ein gesetzlicher Zwang zur Erhöhung der Löhne, Gehälter und Renten in dem Maße ausgeübt werde, in dem eine Verteuerung der Lebenshaltung durch die Steigerung des Brotpreises eintrete. Dieser Antrag wurde damals von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Inzwischen ist aber in Oesterreich dieser Gedanke gesetzgeberisch verwirklicht worden. Auch in Oesterreich hat der Staat bisher einen Teil des Lohnes gezahlt, da er besonders das Brot durch Zuschüsse erheblich verbilligte. Jetzt erfolgt auch dort ein allmählicher Abbau dieser Zuschüsse. In dem Maße jedoch, in dem der österreichische Staat die Zuschüsse vermindert, muß der Unternehmer den Lohn erhöhen. Damit ist eine Sicherung des Reallohnes der Arbeiter, Angestellten und Beamten durch das Gesetz geschaffen worden, die verhindert, daß die Maßnahme des Staates eine Verschlechterung ihrer Lebenshaltung zur Folge hat.

Die Erreichung dieses Zieles geschieht auf folgende Weise:

Der Betrag, um den der Arbeiter, der Angestellte, der Beamte infolge des Abbaues der staatlichen Lebensmittelzuschüsse das Brot, das Kochmehl, das rationierte Fett teurer bezahlen muß, muß ihm der Unternehmer in der Form eines vom Gesetz garantierten, von der Einkommensteuer befreiten Lohnzuschusses vollständig vergüten; und zwar nicht nur für ihn selbst, sondern auch für seine Frau und für seine Kinder. Den Zuschuß, den bisher der Staat gezahlt hat, muß also fortan der Unternehmer bezahlen. Ebenso hohe Geldzuschüsse bekommen aber auch, und zwar gleichfalls nicht nur für sich, sondern für ihre Frauen und Kinder, die kranken Arbeiter, die Arbeitslosen, die Un-

falls- und Invalidenrentner, die Pensionisten; schließlich, auf Grund von Entscheidungen besonderer Kommissionen, auch alle übrigen bedürftigen Personen, so die Alten, die Erwerbsunfähigen, die Kleinrentner. Ihnen allen sichert das Gesetz Geldzuschüsse aus dem Staatsschatz zu, die sie für die Verteuerung des Brotes, des Mehls, der Margarine voll entschädigen.

Von besonderer Bedeutung ist, daß bei diesem Anlaß auch die Kinderversicherung durchgesetzt worden ist. Der Arbeiter und Angestellte soll Zuschüsse für jedes Kind bekommen. Aber dem einzelnen Unternehmer darf die Beschäftigung des kinderreichen Familienvaters nicht mehr kosten als die Beschäftigung eines ledigen Arbeiters; sonst würden ja kinderreiche Familienväter schwer Arbeit finden. Das wird nun durch die Kinderversicherung ermöglicht: die Unternehmer zahlen Beiträge für die Kinderversicherung ohne Rücksicht darauf, wie viele Kinder die von ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten haben; die Kinderversicherung deckt dann die Kosten der Kinderzuschüsse, die jedem Arbeiter und Angestellten je nach der Zahl seiner Kinder gewährt werden. Eine solche Kinderversicherung hat bisher nur in Australien bestanden; Deutschösterreich ist der erste europäische Staat, der sie einführt. Werden auch die Kinderzuschüsse zunächst nur niedrig sein, so wird die Arbeiterschaft den weiteren Ausbau der neuen sozialpolitischen Einrichtung schon zu erkämpfen verstehen. So wird das Prinzip verwirklicht werden, daß es Pflicht der Gesellschaft ist, jedem einzelnen die Erziehung einer gesunden Nachkommenschaft zu ermöglichen.

Aehnliche Sicherungen müssen auch in Deutschland geschaffen werden. Es geht nicht an, daß der gewaltige Abbau der Lebensmittelzuschüsse erfolgt ohne Sicherung des Reallohns. Die Lohn- und Gehaltsempfänger haben den berechtigten Anspruch, daß der Staat sie vor den verderblichen Folgen seiner eigenen Maßnahmen schützt. Er muß aber auch in seinem eigenen Interesse alles tun, um die Erschütterung zu verhindern, die die Kämpfe zur Folge haben müßten, die um die Erhaltung des jetzigen Reallohns unbedingt geführt werden müssen.

Deutschland und die Reparationen

Rathenaus Rede vor dem Obersten Rat

Die dreistündige Rede des Reichsministers a. D. Dr. Rathenau in der Sitzung des Obersten Rates vom 12. Januar wird von W.T.B. in einem Auszuge wiedergegeben, der sich auf Aufzeichnungen in der Sitzung stützt. Wir entnehmen diesem Auszuge folgende Einzelheiten:

Rathenau dankte im Namen der deutschen Regierung, daß man der deutschen Delegation Gelegenheit gegeben habe, vor dem Obersten Rat zu erscheinen. Er ging dann sofort auf die vorliegenden Fragen ein und stellte fest: **Deutschland ist entschlossen, mit seinen Leistungen bis zu den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit zu gehen.** Deutschland ist immer ein Land der Ordnung gewesen. Deutschland ist aber durch einen verlorenen Krieg, durch schwere Verluste und durch eine Revolution hindurchgegangen. Die anormalen Zustände seiner Lebensbedingungen und seiner Finanzen, die die Folge dieser Ereignisse sind, empfindet Deutschland selbst am schwersten und wünscht, sie zu beseitigen. Es wünscht nicht, den Weltmarkt durch Unterbietungen zu zerrütten. Die beiden Aufgaben, äußere Leistung und innere finanzielle Sanierung, vor die Deutschland dadurch gestellt ist, widersprechen einander. Um ein Beispiel zu gebrauchen, möchte ich an die Lage eines Schiffskonstrukteurs erinnern, der gleichzeitig für höchste Kraftleistung und geringsten Kohlenverbrauch seines Schiffes sorgen soll. Es ist daher schwer zu sagen, die und die Zahlung stellt eine ausreichende und erträgliche Leistung dar. **Es muß aber eine Summe gefunden werden, deren Schwere erträglich ist und die zugleich der wirtschaftlichen Lage der empfangsberechtigten Nationen entgegenkommt.**

Das Defizit der Zahlungsbilanz

Rathenau gab sodann eine sehr ausführliche Darstellung der Lage in Deutschland. Deutschland hat für alles, was es kauft, in bar zu bezahlen. Es kann nur zahlen durch seine Handarbeit. Es ist deshalb notwendig, daß Deutschland **eine aktive Handels- und Zahlungsbilanz** hat. Unsere Zahlungsbilanz aber ist vorbelastet mit einem Einfuhrbedarf von 2½ Milliarden Lebensmitteln und 2½ Milliarden Rohstoffen, und zwar ohne gerarbeitete Fabrikate und ohne Luxusartikel, die nicht sehr erheblich sind und die es zum großen Teil nicht aus freiem Entschluß, sondern zur Aufrechterhaltung nachbarlicher Handelsbeziehungen erwirbt. Außerdem sind im Gegensatz gegen die frühere Lage, in der uns aus Auslandsinvestitionen 1½ Milliarden jährliche Erträgnisse zuflossen, jetzt ¾ **Milliarden Goldmark jährlich an das in Deutschland Kapital besitzende Ausland zu zahlen.**

Die Passivseite der Zahlungsbilanz beträgt also etwa 5¾ Milliarden Goldmark, denen eine Ausfuhr von nur 3½ bis 4 Milliarden gegenübersteht. Es besteht somit eine Passivität der Zahlungsbilanz im Saldo 2 Milliarden schon vor Zahlung irgendwelcher Reparation. Auf Befragen Lloyds Georges: Es ist ganz richtig, daß infolge des Standes des Weltindexes auf 1,5 die deutsche Ausfuhr jetzt 11—15 Milliarden Goldmark betragen müßte, wenn sie dem Vorkriegsstande entspräche. Sie hat sich also auf etwa ein Viertel vermindert.

Möglichkeiten der Abhilfe

Um das Defizit der Zahlungsbilanz zu decken, bestehen nur drei Möglichkeiten: **Verkauf der Substanz des Landes, große auswärtige Anleihen oder Verkauf der Landeswährung.**

Den Ausverkauf von Landessubstanz konnten wir leider nicht verhindern. Er ist in großem Umfang vor sich gegangen. Grundstücke, Unternehmungen, Aktien, Obligationen, selbst Hausrat sind vom Auslande unter dem Werte erworben worden. Die Durchführung einer auswärtigen Anleihe haben wir versucht. **Sie war unmöglich, da nach Meinung der City die Deutschland auferlegten Lasten zu schwer waren.** Unter diesen Umständen war es unmöglich, den Verkauf von Umlaufsmitteln zu vermeiden, obwohl unser Geld hierdurch ein Gegenstand der internationalen Spekulation wurde.

Rathenau schildert weiter den Prozeß des Ausverkaufs des deutschen Geldes und den Marksturz. Er führte da aus, indem er die Ansicht des Auslandes, der Marksturz sei nur die Folge der Inflation und des Gebrauchs der Notenpresse, als Irrtum bezeichnete: **Solange die Währung eines Staates auf dem internationalen Markt aus dem Gleichgewicht gekommen ist, ist es unmöglich, irgendein Budget auf bestimmte Zeit mit Sicherheit in Ordnung zu bringen.** Denn jeder neue Sturz des Kurses hat eine Erhöhung der Ausgaben für Gehälter, Löhne und Rohstoffe zur Folge. Ein Staatsbudget aber setzt sich nur aus diesen drei Posten zusammen. In diesem Augenblick ist unser Budget für 1922 in Ordnung. Es enthält sogar gewisse Ueberschüsse, **dabei ist aber von den Reparationen abgesehen.** Jeder neue Marksturz, jede neue innere Preiserhöhung aber wird dieses Budget gefährden. Wird damit gerechnet, daß die Reparationslasten erträglich werden, dann kann die Mark steigen und das Maß der Staatsausgaben in Papiermark sinken. Auf der anderen Seite wird die Konkurrenz der deutschen Ware um so gefährlicher, je mehr die Mark sinkt.

Deutschlands Lasten

Die Lasten, die auf Deutschland ruhen, werden von Rathenau folgendermaßen dargestellt: **Für 1922 beträgt das Budget 85 Milliarden ausschließlich Reparationen und sonstigen Friedensvertragsleistungen.** Um diese Last zu balancieren, war es nötig, die Steuerlasten zu verdoppeln. Ich will hier nicht über die sehr wichtige Frage der vergleichenden Steuerbelastung sprechen. Wir haben Unterlagen vorbereitet und stellen sie zur Verfügung. **Ich stelle unter Beweis, daß der Deutsche fernerhin eine schwerere Bürde trägt als der Bewohner irgendeines anderen Landes, insbesondere der Engländer oder der Franzose.**

Um den Staatshaushalt zu konsolidieren, wird es sich zunächst darum handeln, die Reichsbetriebe zu balancieren, Eisenbahnen, Post, Telegraphen. Die Maßnahmen sind ergriffen, um im Jahre 1922 diese Reichsbetriebe ins Gleichgewicht zu bringen. Ferner handelt es sich um die Beseitigung der Subsidien, die bisher zur Verbilligung der Lebensmittel und aus sozialen Gründen gegeben werden mußten. Ich trete in die Einzelheiten nicht ein. Maßnahmen sind ergriffen, die dazu führen sollen, diese Subsidien allmählich abzubauen. Eine dritte Frage wegen des deutschen Budgets betrifft die Frage des Kohlenpreises. Der Kohlenpreis nähert sich sehr rasch dem Weltmarktpreis. Sobald der Preis des Dollars sich weiter ermäßigt, überschreiten die deutschen Kohlenpreise den Weltmarktpreis, und zwar zu verschiedenen Zeitpunkten, da die Preisverhältnisse der einzelnen Sorten verschieden sind.

Bisher habe ich stets nur von einem Budget ohne Reparationen und ohne die inneren Kosten des Friedensvertrages gesprochen. Wenn ich von den bereits erwähnten 500 Millionen für 1922 ausgehe, wenn ich ferner ausgehe von Sachleistungen von 1450 Millionen Goldmark und dann noch die inneren Kosten des Friedensvertrages nehme, so komme ich zu folgenden Ziffern:

500 Millionen Gmk. zum Kurse von 50	= 25	Milld. Ppmk.
1450 Millionen Gmk.	= 72,5	„ „
Friedensvertragsausgaben	= 38	„ „
	135,5	Milld. Ppmk.

Diese Summen kämen also zusätzlich zu dem Budget von 1922 mit seinen 83 Milliarden Papiermark. **Das Budget würde also etwa 150 Prozent neue Belastung erfahren und sich damit**

auf 218,5 Milliarden Papiermark

belaufen. Um die Bilanz herzustellen, gibt es nur 2 Mittel: **eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Steuern oder eine Riesenanleihe.**

Die Verdoppelung der Steuern hält Rathenau für unmöglich, ebenso die Aufnahme einer großen Anleihe im Ausland. Die Londoner City habe sich schon geweigert, den sehr viel kleineren Betrag für die Januar- und Februar-Zahlungen durch eine Anleihe zu finanzieren. Für eine innere Anleihe sei es in der gegenwärtigen Situation ganz unmöglich, die notwendigen Reizmittel zu finden. Rathenau zeichnet auf Grund der verschiedenen geschilderten Faktoren die Lage Deutschlands wie folgt: Meiner Schätzung nach besteht an Stelle eines Ueberschusses, einer nationalen Ersparnis von 6 Milliarden Goldmark vor dem Kriege, **jetzt ein Defizit von 1—2 Milliarden Goldmark jährlich.** So zehrt das Land sich allmählich auf; es lebt von seiner eigenen Substanz. Es hat weder die Mittel für Erneuerungen noch für die wirtschaftliche Ausstattung seines Bevölkerungszuwachses. Der Redner geht auch ausführlich auf die Lage der Arbeitsstunden und ihre Verwendung in Deutschland ein. Er kommt dabei zu dem Resultat, daß in Deutschland eine versteckte Arbeitslosigkeit von nahezu 4 Millionen besteht, d. h. 4 Millionen Menschen müssen Arbeit leisten, die früher nicht notwendig war.

Die Goldleistungen

Ueber die von Deutschland erwarteten reinen Goldleistungen sagte Rathenau: Ich knüpfe wieder an die 500 Millionen an, von denen ich schon gesprochen habe. **Die reinen Goldlasten für Deutschland werden aber in jedem Falle viel höher sein als dieser Betrag.** Es handelt sich zunächst daneben um den Gegenwert des clearing mit 300 bis 400 Millionen Goldmark. Dann aber handelt es sich um die in Gold zu beschaffende Bezahlung für die Rohstoffe, deren wir zur Herstellung unserer Sachleistungen bedürfen. Denn mit Ausnahme der Kohlenlieferungen, für die fremder Bezug von Hilfsmaterialien nicht allzu schwer ins Gewicht fällt und die ich daher außer Ansatz lasse, **müssen wir für alle anderen Sachlieferungen etwa 25 Prozent des Wertes an Rohstoffen aus dem Auslande beziehen. So komme ich zu weiteren 250 Millionen Goldmark.** Wir würden also für 1922 auf eine Goldleistung

von mehr als 1 Milliarde Goldmark kommen,

wenn es sich scheinbar nur um eine Goldzahlung von 500 Millionen handelt. Wenn es notwendig erscheint, eine so gewaltige Summe von Deutschland zu verlangen, so sollte man die Frage der Ermäßigung des clearing und der inneren Besatzungskosten eingehend prüfen.

Die Stabilisierung des Haushalts

In jedem Falle aber ist Deutschland durchaus bereit, auf den Weg der Stabilisierung des Budgets zu treten, der ihm vorgeschlagen ist.

Die Erhebung der Zölle auf Goldbasis soll erfolgen.

Die Frage der Verkehrstarife wird 1922 geregelt werden, um das Defizit dieser Wirtschaftszweige auszugleichen.

Der Abbau der Subsidien ist in die Wege geleitet.

Die Kohlenfrage ist schwieriger, weil die Preise sich dem Weltmarktpreise immer mehr nähern.

Was die innere Anleihe anbelangt, so wird sie in ernsteste Erwägung gezogen werden.

Die Frage der Kapitalflucht würde hier viel Zeit wegnehmen. Ich bitte deshalb, sie heute zurückstellen zu dürfen, zumal ihre Regelung nur unter Mitwirkung aller Auslandsbanken möglich sein würde.

Was die Garantien anlangt, so gibt es meines Erachtens Mittel, um der Reichsbank eine größere Autonomie zu geben. Die Reichsbank ist jetzt dem Reichskanzler unterstellt, der aber im Laufe von 50 Jahren nur einmal von seinem Eingriffsrecht Gebrauch gemacht hat. Eine weitergehende Verselbständigung ist möglich. Es wäre aber sehr gefährlich, wenn man an Stelle der Verantwortung die Ueberwachung setzte. Das würde das freie Verantwortungsgefühl erschüttern und als Präzedenzfall die Zentralnotenbanken aller Staaten [illegible]digen.

Rathenau betont zum Schluß die Bereitschaft Deutschlands, am Wiederaufbau Europas mitzuwirken. Es sei zwar nicht in der Lage, dem Kapitalmarkt der Welt Mittel im Ausmaße reicherer Staaten zur Verfügung zu stellen, immerhin unter den beabsichtigten Bedingungen sei Deutschland in der Lage, den ihm zugedachten Teil zu übernehmen. Deutschland sei um so mehr geeignet, am Wiederaufbau teilzunehmen, als es mit den technischen und wirtschaftlichen Bedingungen und Gepflogenheiten des Ostens vertraut sei.

Deutschlands Einladung nach Genua

Der italienische Botschafter überreichte gestern abend dem Reichskanzler die Einladung an die deutsche Reichsregierung zu der am 8. März stattfindenden Wirtschaftskonferenz in Genua. Das Einladungsschreiben hat folgenden Wortlaut:

Herr Reichskanzler! Gemäß einer Entschließung des Obersten Rates der alliierten Mächte beehre ich mich Ihnen die Abschrift einer Entschließung zu übermitteln, welche am 6. Januar 1922 durch die alliierten Regierungen auf der Konferenz von Cannes angenommen wurde. Im Einklang mit dieser Entschließung und auf Weisung meiner Regierung beehre ich mich, **die deutsche Regierung zur Teilnahme an der Wirtschafts- und Finanzkonferenz einzuladen, die in Genua am 8. März 1922 eröffnet werden wird. Ich bitte Sie, mir die Namen ihrer Delegierten und deren Begleiter mitzuteilen.**

Genehmigen Sie, Herr Reichskanzler, usw.

Dem Einladungsschreiben ist der Text der bereits veröffentlichten Entschließung beigefügt, die durch die Konferenz von Cannes am 6. Januar angenommen wurde. Unter den in der Entschließung zur Teilnahme ausdrücklich aufgeforderten Mächten werden außer Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und Rußland genannt.

•

Bochum, 16. Januar.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde von Alten Bergarbeiterverband aufgefordert, dagegen zu protestieren, daß den Delegationen zu politischen Verhandlungen keine Arbeitervertreter angehören. Es werde erwartet, daß auf der Konferenz von Genua auch Arbeitervertreter das Ergebnis beeinflussen könnten.

Hergt, der Prophet

Trotz seiner wiederholten Reinfälle kann der frühere Minister und jetzige deutschnationale Parteiführer Hergt das Prophezeien nicht lassen. So verkündete er kürzlich in einer Rede in Hamburg, daß die Aera Wirth-Rathenau bald zu den gewesenen Dingen gehören wird. Vielleicht mag Hergt recht haben, aber dann nicht wegen seiner Sehergabe. Denn im Prophezeien hat er entschieden Pech. Man braucht nur an seine während der Kriegszeit gehaltene Ministerrede erinnern, wonach die Amerikaner nie kommen werden, denn sie könnten nicht schwimmen und nicht fliegen, oder an seine andere, vor der Unterzeichnung des Londoner Ultimatums gehaltene Rede, wonach die Franzosen spätestens innerhalb sechs Monaten das Ruhrrevier besetzen werden. Die sechs Monate sind längst um, aber das Ruhrrevier ist nicht besetzt worden. Was aber den Hergt nicht hindern wird, mit seinen Ankündigungen unter dem frenetischen Beifall gläubiger Gemüter fortzufahren. Auch die schlechtesten Propheten finden Anhang bei denen, die nicht alle werden.

Der Prozeß gegen die Geheimbündler

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß der Prozeß gegen die Geheimbündler der Organisation C (Kapitän Ehrhardt) in Freiburg in Baden stattfinden solle. Diese Nachricht hat sich leider nicht bewahrheitet. Wie W.T.B. jetzt mitteilt, findet der Prozeß vielmehr am 20. Februar in München statt. Dieses Verfahren mutet mehr als sonderbar an. Die Geheimorganisation wurde in Verbindung mit der Ermordung Erzbergers von den badischen Gerichtsbehörden aufgedeckt. Von diesen wurde bisher auch die Untersuchung gegen die Leiter und Teilnehmer der Geheimorganisation geführt. In Bayern selbst, insbesondere in München, blieb die Geheimorganisation völlig unbehelligt, obwohl unser Münchener Bruderblatt und auch wir schon seit Jahr und Tag auf das Treiben aufmerksam machten, das die Geheimorganisation in Bayern entfaltete.

Die Regierung Kahr schritt gegen die Organisation deshalb nicht ein, weil sie ihre Ziele und Tendenzen stillschweigend billigte. Der frühere Justizminister Dr. Roth und der ehemalige Polizeipräsident Poehner unterhielten mit dieser Organisation sogar die allerengsten Beziehungen und förderten in jeder Weise ihre Pläne. Wenn nunmehr die Verhandlung gegen die Geheimbündler nach München verlegt wird, so bedeutet das in der Praxis nichts anderes, als daß wieder einmal eine Komödie aufgeführt wird, um die rechtsstehenden Kreise nicht zu kompromittieren. Wir erwarten jedenfalls von der Verhandlung in München nur ein sehr dürftiges Ergebnis. Die Münchener Behörden sind nicht die geeigneten Stellen, die Pläne der monarchistischen Verschwörer rücksichtslos bloßlegen zu können, um damit die Republik von den Gefahren zu befreien, die sie von jener Seite her bedrohen.

Um das Kabinett Poincaré

EE. Paris, 16. Januar.

Heute vormittag von 9¼ bis 12 Uhr fand ein französischer Ministerrat statt, in dessen Verlauf das Programm für die nächsten Arbeiten der Kammer aufgestellt wurde. Es wurde beschlossen, in erster Linie den Gesetzentwurf über das Mietsrecht, die Banque industrielle de Chine und das neue Rekrutierungsgesetz zu behandeln. Poincaré machte Mitteilung von der Uebernahme des Kolonialministeriums durch Sarraut, der sich telegraphisch dazu bereit erklärt hatte. An Stelle des Kriegsministers Maginot wird einstweilen der Handelsminister Dior die Geschäfte des Kolonialministers führen.

Lord Curzon ist um 9.10 Uhr in Paris eingetroffen. Er wurde von Poincaré empfangen, der heute die Geschäfte des Außenministeriums übernommen hat.

Im französischen Kriegsministerium ist der Posten eines Generalsekretärs geschaffen worden. Als Kandidat hierfür ist entweder Marschall Jetain oder Marschall Fayolle in Aussicht genommen.

Deschanel (der frühere Kammerpräsident und Präsident der Republik) richtete an Poincaré einen Brief, in dem er ihm mitteilte, daß er ihn beim Wiederzusammentritt des Senats über die auswärtige Politik interpellieren werde. Deschanel erklärt ausdrücklich, daß er dem neuen Kabinett mit einem Gefühl des Vertrauens interpellieren werde und daß eine Debatte über die auswärtige Politik nur unerläßlich sei. Der „Intransigeant" glaubt, daß die Kammer Poincaré am Donnerstag, nach der Verlesung der ministeriellen Erklärung, mit 450 Stimmen ihr Vertrauen aussprechen werde.

Verbot der Reichsgründungsfeier im besetzten Gebiet. Die interalliierte Rheinlandkommission in Coblenz hat nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" jede Kundgebung und Feierlichkeit aus Anlaß des Gründungstages des deutschen Reiches verboten.

Besoldungsbewegung der Beamtenverbände

Die Zersplitterung der Bewegung — Appell an den Reichstag

Der Deutsche Beamtenbund hat in einem Vorstandsbeschluß, den wir am Sonntag veröffentlichten, die von der Regierung angebotene Regelung der Beamtenbesoldung abgelehnt. Er wird seine Forderung auf Erhöhung und sozialere Gestaltung der Grundgehälter weiter vertreten und sich die zur Durchführung seiner Forderungen notwendigen Maßnahmen vorbehalten.

Die Ablehnung der Regierungsvorschläge mußte der Beamtenbund aussprechen, denn einmal bleibt das Angebot der Regierung weit zurück hinter den Forderungen aller Beamtengewerkschaften, und zweitens befriedigt das Zugeständnis die Beamtenschaft selbst in keiner Weise. Ebenso einleuchtend ist es, daß der Vorstand des Beamtenbundes nicht sofort mit irgendwelchen Maßnahmen hervortreten konnte. Die organisierten Beamten stehen in den verschiedensten Lagern, und dadurch ist ein gemeinsames Vorgehen aller Beamten sehr erschwert. Nur ein solches aber macht ein entschlossenes Auftreten möglich. Die Zersplitterung geht so tief, daß die einzelnen Beamtenorganisationen ihren Konkurrenzkampf untereinander nicht einmal währnd einer gemeinschaftlich eingeleiteten Aktion einstellen. Das sind Merkmale der Unreife der Bewegung, und wir glauben, daß diese Zustände sich erst bessern werden, wenn die Mehrzahl der Beamten geschlossen im freigewerkschaftlichen Lager steht.

Das Konkurrenzrennen der einzelnen Beamtenverbände beginnt auch jetzt schon wieder. Kaum hat der Deutsche Beamtenbund Maßnahmen angekündigt, da hat der christlich-nationale Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften seine Maßnahmen schon getroffen. Der Deutsche Beamtenbund aber folgte auf dem Fuße mit einer ähnlichen Maßnahme, so daß die Trennung der Organisationen wieder vor aller Welt in Erscheinung tritt. Wie aus den nachfolgenden Berichten hervorgeht, versuchen es beide Organisationen zunächst mit der parlamentarischen Aktion, mit dem Appell an den Reichstag.

Bei dieser Zersplitterung der Organisationen, die die Entschlußkraft lähmt, ist es nicht unwahrscheinlich, daß auch diesmal die Beamten selbst die Initiative ergreifen. Ihre Stimmung ist jedenfalls reif dafür. Selbst ein Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", ein anscheinend zu den Christen gehörender Gewerkschaftssekretär, sieht einen neuen Eisenbahnerstreik voraus. Er schiebt die Schuld daran vor allem den Lokomotivführern und der zum Deutschen Beamtenbund gehörenden Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner zu, hetzt heftig gegen den Deutschen Beamtenbund, dem das Wasser an der Kehle stehe und der seine Beschlüsse aus Verzweiflung fasse, hetzt nicht minder gegen den Deutschen Eisenbahnerverband — und bietet dann ganz unverblümt die Hilfe der christlichen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner an, um „die drohende Gefahr" abzuwenden.

Er bringt in Erinnerung, daß sie es gewesen sei, die — in Gemeinschaft mit dem Allgemeinen Eisenbahnerverband — beim letzten Streik der Eisenbahner der Regierung zur Seite gestanden habe. Die beiden Verbände seien daher beschimpft worden, aber das hätten sie ruhig ertragen. Dagegen sei der Dank der Verwaltung ausgeblieben. Der Herr schreibt:

> „Allein nach den jetzt vorliegenden Berichten hat sich ein Teil der Verwaltungsbehörden im Streikgebiet so merkwürdig benommen, daß man sich in den Kreisen der genannten Verbände sehr stark mit der Frage beschäftigt, ob unter diesen Umständen eine so aktive Haltung den zum Teil schutzlos gebliebenen Mitgliedern gegenüber nochmals verantwortet werden kann. Es treten dazu noch weitere Erwägungen, über die an dieser Stelle nicht gesprochen werden soll. Festzustellen ist, daß sich bei den Mitgliedern draußen die Meinung gebildet hat, daß nur diejenigen etwas bekommen, die Krakeel machen."

Das ist deutlich genug. Es heißt, daß diese Organisationen auch diesmal bereit sind, den anderen Verbänden der Beamten in den Rücken zu fallen, nur muß diesmal der Judasschilling vorher vereinbart werden. Den Christen, in deren Namen der Herr schreibt, kommt es darauf an, daß sie ihren Mitgliedern einen Erfolg aufweisen können, der zwar kleiner ist, als ein Erfolg aus gemeinsamem Vorgehen aller Beamtenverbände sein würde, aber immerhin etwas mehr bietet, als das vorliegende Zugeständnis der Regierung. Darum ist der Gesamtverband sofort mit seiner Eingabe an den Reichstag zur Stelle, um einen Schacher einzuleiten, der energischeren Aktionen der anderen Verbände die Spitze abbrechen soll.

In welcher Richtung die gegenwärtige Besoldungsbewegung unter solchen Umständen ihren weiteren Weg nehmen und wie sie enden wird, ist daher nicht abzusehen.

Die Christen an den Reichstag

Der dem Deutschen Gewerkschaftsbunde angehörende Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften hat dem Reichstag eine Eingabe zugehen lassen, in der es heißt:

Die Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches haben zu einem Einvernehmen geführt, das in seinem grundsätzlichen Teil von den Unterhändlern der Organisationen nur unter Protest hingenommen wurde. Es entspricht einem Wunsche des Reichstages, daß bei den erwähnten Verhandlungen über die Beamtenwünsche **keine feste Vereinbarung** geschlossen, sondern nur ein allen Teilen, insbesondere dem Reichstage, die notwendige Freiheit lassendes Einvernehmen herbeigeführt wurde. Auch die Organisationen sind deshalb nicht in der früheren Weise an die Abmachungen gebunden und haben die Möglichkeit, an die Unabhängigkeit des Reichstages gegenüber den zustandegekommenen Absprachen zwischen Regierung und Organisation zu appellieren. Der Gesamtverband macht von dieser Möglichkeit Gebrauch. Er weist darauf hin, daß die Grundgehälter, wie sie durch die Regelung vom November v. J. festgesetzt wurden, nicht mehr haltbar sind, schon wegen der inzwischen erfolgten Neufestsetzung der Einkommensteuerstaffelung. Der Reichstag wird deshalb gebeten, eine **Aenderung der Grundgehälter** vorzunehmen, mindestens aber, wenn das jetzt nicht möglich sein sollte, in einer die Regierung hinreichend bindenden Form auszusprechen, daß eine solche Neuregelung bei nächster Gelegenheit erfolgen muß. Der bei den Teuerungszuschlägen neubeschrittene Weg wird grundsätzlich gebilligt, aber die vorgesehenen Aufbesserungsverträge (1875 M. für die Arbeiter, 2000 M. für die Beamten pro Jahr) werden als zu gering bezeichnet im Hinblick auf die vor der Tür stehenden weiteren erheblichen Verteuerungen der Lebenshaltung. **Als Mindestbetrag einer erträglichen Aufbesserung werden** 3600 M. genannt und vorgeschlagen, daß für einen Anfangsbetrag von 12 000 M. an Grundgehalt plus Ortszuschlag (statt 10 000 M.) ein weiterer Teuerungszuschlag von 30 (statt 20 Prozent) eingeräumt wird. Für die Arbeiter wird dieser Betrag in Lohnstunden ent- Für die Arbeiter wird dieser Betrag in Lohnstunden entsprechend umzurechnen sein. Sodann wird geltend gemacht, daß es nicht angeht, in denjenigen besonders teuren Orten, in denen den Arbeitern Ueberteuerungszuschüsse gewährt werden, die Beamten auf den nivellierten Sätzen des Reichsdurchschnitts zu halten: es wird vorgeschlagen, in solchen Orten den Beamten mit im Etat nachzuweisenden Zulagen zu helfen und hinsichtlich der Festsetzung dieser Zulagen dem Reichsrat oder dem Reichskabinett Vollmachten zu geben. Des weiteren wird eine Erhöhung der Kinderzuschläge und eine einheitliche Gestaltung derselben, die Auswirkung aller Verbesserungen auf die Diätare, die Beamten im Vorbereitungsdienst, die Pensionäre, die Sozialrentner aus Reichsbetrieben und die Hinterbliebenen empfohlen.

Forderungen des Deutschen Beamtenbundes

Vom Zeitungsdienst des Deutschen Beamtenbundes wird mitgeteilt:

Der Deutsche Beamtenbund hat in Verfolg des Beschlusses seines Vorstandes vom 14. Januar am 16. Januar eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der eine Revision der Grundgehälter der Beamten als notwendige Folge der Auswirkungen des neuen Steuertarifs verlangt wird. Außerdem wird eine **weitere Erhöhung des Teuerungszuschlages** für die ersten Einkommensteile durch Ausbau des vom Deutschen Beamtenbund stets geforderten und jetzt auch von der Regierung übernommenen sozialen Prinzips notwendig, wobei wenigstens **eine Verdoppelung des von der Regierung in Aussicht genommenen Betrages von 2000 Mark** in Frage kommen müßte. Diese Forderung ist schon im Hinblick darauf gerechtfertigt, daß seit der letzten Besoldungserhöhung allein die Reichsteuerungsstatistik eine Steigerung um 37 Prozent aufweist und weitere Preissteigerungen, wie die des Brotes um 75 Prozent, bevorstehen. Die wirtschaftlich schwächsten Gruppen, Diätare, Beamte im Vorbereitungsdienst, Ruhegehalt- und Wartegeld-Empfänger, sowie Beamte und Beamtenhinterbliebene sind in vollem Umfange mit zu berücksichtigen.

Die Moskauer Tragödie

Der einmütige Protest des Leipziger Parteitages gegen die barbarische Behandlung der politischen Gefangenen in Sowjetrußland hat trotz der Sabotageversuche der Berliner Sowjetvertretung bereits zu einem teilweisen Erfolg geführt. Wie uns aus Moskau mitgeteilt wird, sind am Dienstag, den 10. d. Mts., die im Moskauer Butyrki-Gefängnis internierten Sozialdemokraten in Freiheit gesetzt worden. Ueber das Schicksal der übrigen politischen Gefangenen (Sozialrevolutionäre, Anarchisten usw.), die sich bekanntlich auch am Hungerstreik beteiligten, sind wir vorläufig noch nicht unterrichtet. Der Befehl zum Abtransport der 35 Genossen nach Turkestan, der die Veranlassung zum Hungerstreik gab, ist aufgehoben. Statt dessen sind die aus dem Gefängnis entlassenen Genossen — nicht nur die 35, sondern auch die übrigen — angewiesen, sich binnen sieben Tagen nach einigen ihnen angewiesenen entlegenen Provinzstädten (u. a. auch Wjatka) zu begeben, die sie zwei Jahre lang nicht verlassen dürfen. Ferner ist denen, die es wünschen, gestattet, sich ins Ausland zu begeben. In diesem Falle werden die betreffenden Personen bis zur Grenze Sowjetrußlands geschafft und dort ihrem Schicksal überlassen.

Wir verzeichnen mit Genugtuung die Tatsache, daß es dank dem Protest des deutschen Proletariats gelungen ist, die inhaftierten Genossen aus den Gefängniskasematten zu befreien und ihre Verschickung nach Turkestan zu verhindern. Die von der Sowjetregierung getroffenen Maßnahmen sind jedoch vollkommen ungenügend und entsprechen keineswegs den Wünschen des internationalen Proletariats. In neuer Form hat die Sowjetregierung vielmehr das alte fluchwürdige System des Zarismus neu belebt, seine politischen Gegner in wüste, entlegene Provinzorte zu verbannen und sie dort jahrelang unter der Aufsicht der örtlichen Gewalthaber festzuhalten. Dieses System wird jetzt gegen unsere russischen Genossen zur Anwendung gebracht — ein Beweis mehr dafür, daß die Sowjetregierung sie nicht wegen irgendwelcher strafbarer Handlungen, sondern wegen ihrer politischen Gesinnung verfolgt. Obwohl sie über Machtmittel verfügt, wie keine andere Regierung der Welt, fürchtet sie den geistigen Einfluß unserer Genossen auf die Arbeiterschaft in so starkem Maße, daß sie sie auch nach ihrer Entlassung aus den Gefängnissen in wüsten Provinzlöchern zu begraben sucht oder sie des Landes verweist.

Ueber die moralische Wertung dieser Handlungsweise brauchen wir wohl kein Wort zu verlieren. Sie wird jedenfalls dem internationalen Proletariat ein weiterer Antrieb sein, an ihrem Protest gegen das terroristische Treiben der Sowjetregierung festzuhalten und für die Beseitigung dieser schmachvollen Zustände einzutreten. Aber auch vom politischen Standpunkt gibt es wohl nichts Dümmeres und Verwerflicheres, als die terroristische Politik der Sowjetregierung. In demselben Augenblick, wo sie in ihren Verhandlungen mit den auswärtigen Regierungen auf ihre „innere Stärke" pocht und vorgibt, die großen Massen des werktätigen Volkes geschlossen hinter sich zu haben, offenbart sie nicht nur durch ihre Maßnahmen gegen die andersdenkenden Proletarier ihre völlige Ohnmacht und Hilfslosigkeit, sie hält auch den Zusammenschluß und das gemeinsame Wirken der russischen Arbeiterklasse auf, indem sie die Angehörigen der nichtkommunistischen Parteien mit den barbarischen Mitteln des alten Zarismus bekämpft.

Ein neuer russischer Volkskommissar

Laut Beschluß des Präsidiums des Allrussischen Zentralexekutivkomitees, ist Jakowenko zum Volkskommissar für Landwirtschaft ernannt worden. Der neue Volkskommissar ist erst 34 Jahre alt und seiner Herkunft nach Bauer aus dem sibirischen Gouvernement Jenisseisk. Er hat nie die Schule besucht, sondern seine Bildung selbst erworben und war noch vor kurzem als Bauer in seinem Dorfe tätig. Der bisherige Volkskommissar für Landwirtschaft, Ossinski, ist zum Rücktritt veranlaßt worden, weil er auf dem Rätekongreß in entschiedener Weise für Aufhebung des Außenhandelsmonopols eingetreten war.

•

Der Vertreter der russischen Sowjetrepublik in Deutschland, Krestinski, der gleichzeitig das Amt des Volkskommissars für Finanzen bekleidet, ist am 15. Januar von seiner zum 9. Rätekongreß nach Moskau unternommenen Reise wieder in Berlin eingetroffen.

Severing an die Schutzpolizei

Am Montag vormittag sprach Minister Severing das Polizeioffizierkorps und die Sprecher der Beamtenausschüsse der Schutzpolizei Berlin zur Klärung schwebender Fragen. Nach kurzem Rückblick auf den Werdegang der Schutzpolizei hob der Minister unter rückhaltsloser Anerkennung ihrer bisherigen Leistungen hervor, daß die Schutzpolizei eine reine Polizei sei. Wenn auch auf feste Verbände nicht verzichtet werden könne, so habe er doch im Interesse der Besserung der Sicherheitsverhältnisse eine erhöhte Verwendung von Beamten im Einzeldienst angeordnet. Hierdurch dürfe allerdings die Grundlage einer guten Polizei, die feste Disziplin, nicht erschüttert werden. Uebergehend zu den Fragen der Berufsverbände der Schutzpolizei beklagte der Minister die augenblickliche Zersplitterung. In dieser Frage kündigte der Minister einen Erlaß an, der nach dieser Richtung Klärung bringen solle.

Im Zusammenhang mit den Fragen der Disziplin, deren unbedingte Aufrechterhaltung die Grundlage für die Erfüllung der Aufgaben der Schutzpolizei darstelle, wünschte der Minister ein auf Vorbild und Vertrauen begründetes enges Einvernehmen zwischen oberen und unteren Beamten. Die gemeinsame Plattform für sie alle müsse, unbeschadet der politischen Rechte des Einzelnen, das Bekenntnis zu der gegenwärtigen Staatsverfassung bilden. Eine Schutzpolizei, die von solchen Grundsätzen sich leiten lasse, könne der Fürsorge aller Stellen gewiß sein.

Die geplante Arbeitslosenversicherung

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates begann am 12. Januar 1922 die Beratung über die künftige Arbeitslosenversicherung, die alle auf Grund der Reichsversicherung usw. für den Krankheitsfall Versicherten umfassen soll, ausgenommen u. a. die Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft, die Hausangestellten und die unständig im Sinne des § 441 der Reichsversicherungsordnung Versicherten. Die Mittel sollen zu zwei Drittel durch gleiche Beträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zu einem Drittel durch das Reich, die Länder und die Gemeinden aufgebracht werden. Da das Gesetz wahrscheinlich erst im Sommer dieses Jahres in Kraft treten dürfte, ist die Vorleistung der Beträge etwa vom Januar dieses Jahres ab und außerdem im Interesse der Sicherung der Wirksamkeit der Arbeitslosenversicherung eine besondere Vorleistung der Arbeitgeber in Höhe von 100 M. pro Kopf beabsichtigt.

In der allgemeinen Besprechung traten die Arbeitnehmervertreter der Landwirtschaft und der Gärtnerei entschieden für die Einbeziehung ihrer Wirtschaftszweige ein. Die Arbeitgeber lehnten eine einseitige Vorausleistung ab, um so mehr, als es unmöglich erscheine, einen gerechten Verteilungsschlüssel zu finden.

Die Beratungen wurden im Hinblick auf die vorgeschrittene Zeit abgebrochen und die weitere Erledigung auf die nächste Sitzung verschoben. Die Arbeitgeber werden inzwischen prüfen, unter welchen Voraussetzungen und inwieweit sie der besonderen Vorausleistung zuzustimmen vermögen.

•

Unseren Lesern ist aus dem Beschluß des AfA-Bundes zu der Angelegenheit und aus einigen Artikeln vom Genossen Aufhäuser und anderen sachkundigen Mitarbeitern bekannt, daß die Gewerkschaften in der Frage der Vorausleistung der Beiträge geteilter Meinung sind. Während der A. D. G. B. einer solchen zustimmen würde, wenn das geplante Gesetz gewisse von ihm gestellte Bedingungen erfüllt, lehnt der AfA-Bund die Vorausleistung grundsätzlich ab. Die Beratungen über das Gesetz verdienen schon aus diesem Grunde die besondere Aufmerksamkeit der Arbeiter und Angestellten.

Die Verhaftung eines Kommunisten. Die „Rote Fahne" meldete am Sonntag, daß die Schergen der Severing-Richter den Stuttgarter Kommunisten Max Müller, der sich vorübergehend in Berlin aufhielt, verhaftet haben. Das Blatt verschweigt, wie den P. P. N. von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, daß Herr Müller, als sich nach Prüfung der Legitimationspapiere der Irrtum der Polizeibeamten herausstellte, sofort wieder freigelassen wurde. — Es bleibt trotzdem recht merkwürdig, daß ausgerechnet immer Kommunisten irrtümlich verhaftet werden.

Der Eisenbahn-Organisationsausschuß. Wie gemeldet, war im Organisationsausschuß für die Reichseisenbahnen zwischen den Vertretern der Verwaltung und den Gewerkschaften ein Konflikt entstanden. Er wurde inzwischen zur Zufriedenheit der Gewerkschaften beigelegt. Die Gewerkschaften haben infolgedessen ihre Tätigkeit im Ausschuß der am Montag nachmittag erneut zusammentrat, wieder aufgenommen.

Räumung Irlands von englischen Truppen. Die englischen Truppen in Irland werden in drei Staffeln nach dem Heimatland zurückgezogen. Es bleiben vorläufig nur noch kleinere Abteilungen zurück. Zehn englische Kriegsschiffe sind zum Abtransport von 60 000 Mann bereitgestellt.

Die Sendungen an politische Gefangene

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Ich sandte zu Weihnachten an einen der politischen Gefangenen in Niederschönenfeld einen Scheck, dessen Eingang mir auch bestätigt wurde. Als der betreffende Gefangene seiner Frau den Scheck nach München zum Inkasso senden wollte, wurde die Summe beschlagnahmt mit der Begründung, es müßten zunächst hiervon die Kosten für Verpflegung u. dergl. bezahlt werden. Glücklicherweise war es mir möglich, den Scheck rechtzeitig sperren zu lassen, das Geld direkt nach München zu senden und so die beschlagnahmende Stelle vor einer offenbar geplanten unerlaubten Handlung zu bewahren. Immerhin: das Vorkommnis erweist neben anderen die Notwendigkeit, Sendungen an die politischen Gefangenen mit Vorsicht auszuführen.

Moritz Lederer."

Wir erachten es zum mindesten als eine grobe Ungehörigkeit, daß die Gefängnisverwaltung von Niederschönenfeld private Zusendungen an Gefangene für ihre Zwecke beansprucht. Der Wille der Geldgeber ist darauf gerichtet, das Los der politischen Gefangenen zu erleichtern und nicht die Gefängnisfinanzen aufzubessern: dieser Wille muß von der Verwaltung unter allen Umständen respektiert werden. Sollte die Macht des Reichsjustizministers nicht dazu ausreichen, der Gefängnisverwaltung von Niederschönenfeld, selbst wenn der Ort in Bayern liegt, diese Sachlage klar zu machen?

Deutscher Eisenbahner-Verband

Ortsgruppe Groß-Berlin

Achtung! Eisenbahner! Am Dienstag, den 17. Januar, abends 6½ Uhr, in der Bötzow-Brauerei, Berlin, Am Prenzlauer Berg, große Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Groß-Berlin. Tagesordnung: Unsere Lohnbewegung u. die ungenügenden Zugeständnisse d. Regierung.

Kollegen! Wir erwarten, daß ein jeder dienstfreie Kollege zu dieser Versammlung erscheint. Die Situation erfordert es.

Die Ortsverwaltung Groß-Berlin des Deutschen Eisenbahner-Verbandes.

Morgen Mittwoch

Inventur-Ausverkauf

um 9 Uhr Beginn unseres diesjährigen Inventur-Ausverkaufs.

Unerreicht billige Preise bieten Ihnen eine überraschende Kaufgelegenheit.

Kommen Sie zu uns und überzeugen Sie sich

Herrenstiefel, extra kräftige Strapazierstiefel, moderne Ausführung, bequeme Form **158⁵⁰**

Herrenstiefel, feinste Rahmenarbeit, vorzüglicher Straßenstiefel, in prima Rindboxleder, ganz besonders preiswert **198⁵⁰**

Damenstiefel aus kräftigem Rindboxleder, bequeme Strapazierstiefel, gutes Fabrikat **125⁵⁰**

Damenstiefel in echt Boxcalf und Prima R.-Chevreau, vorzügliche Verarbeitung, elegante Formen **198⁵⁰**

Lackhalbschuhe für Damen, Schnür- und Spangenschuhe von modernen, hübschen Formen und aus bestem Material **198⁵⁰**

Spangenschuhe aus schwarz Sämisch-Leder, elegante Ausführung, sehr modern **148⁵⁰**

Damenhalbschuhe zum Schnüren, in gutem R.-Chevreau, bequeme Form, bewährtes Fabrikat **108⁵⁰**

Spangenschuhe für Damen mit hohen und flachen Absätzen, solide Verarbeitung **118⁵⁰**

Kräftige Kinderstiefel in Sportleder-Ausführung mit extra starken Sohlen . . . Grösse 27–30 **98⁵⁰** Grösse 31–35 **108⁵⁰**

Rest- und Einzelpaare ganz besonders weit herabgesetzt!

Zweigniederlassung: Spandau Breite Str. 22

„DER SCHUHHOF" Berlin W 9 Linkstr. 11

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne 7½ U.: Masse Mensch

Neues Volkstheater Köpenicker Str. 68. 7½ U.: Die Wildente

Staatstheater. Opernhaus 6 Uhr: Tannhäuser. Schauspielhaus 7½: Lumpazi Vagabundus

Dir.: Max Reinhardt. **Deutsches Theater** 7½ U.: Ein Traumspiel

Kammerspiele 8 Uhr: Anatol

Großes Schauspielhaus Karlstraße. 7½: Orpheus i. d. Unterwelt

Theater i. d. Königgrätzer Str.: 7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue (Richard, Ander, Engl, Prückl, Stierle, Dernburg)

Komödienhaus: Allabendlich 7.30 Uhr: Karussell mit Maria Orska, Joh. Riemann, G. Alexander

Berliner Theater: Täglich 7.30 Uhr: Prinzessin Olala. Ralph Arth. Roberts, Emmy Sturm, Herbert Kiper, Wally Koch

Wallner-Theater Täglich 7½ Uhr: Spitzenkönigin

Theater des Ostens (Rose-Theater) 7½ U.: Verlorenes Glück (Sprechthater)

Komische Oper 7½ allabendlich 7½: Die große Ausstattungs-Operetten-Revue Der Herr der Welt

Residenz-Theater 7½ Uhr: Das weite Land. Ira Wiesch, Arnold Korff

Trianon-Theater Täglich 7½ Uhr: Elga v. Gerhart Hauptmann

Kleines Theater Täglich 7½ Uhr: Jaqueline. Carola Toelle, Falkenstein

Theater am Nollendorfplatz 7 Uhr: Die Ehe im Kreise

Walhalla-Theater 8 Uhr: Die Mondscheindame

Theater Schönhauser Tor Tel.: Mpl. 10077. Tägl. 7½ U. u. Sonntag nach. 3 U.: Alte Sänger lachen noch. Bok. 11–1½ u. 4–6

Casino Theater Nur noch kurze Zeit: Der Weg zum Glück. Sonntag 3½: Das Geständnis

Residenz-Kasino Blumenstraße 10: Das Paradies der Witwenbälle. Nur Rundtänze

Kinder der Finsternis Regie: E. A. Dupont. Ausstattung: Paul Leni. 9 Uhr. Zweiter Teil: **Kämpfende Welten**. Hauptrollen: Hans Mierendorff, Grit Hegesa, Marija Leyko, Adele Sandrock, Friedrich Kühne. ½7 Uhr. **Ufa-Palast am Zoo**. Vorverkauf 11 bis 1 Uhr

Apollotheater Friedrichstraße 213. Gr. Variete-Ausstattungsballett: Rund um die Welt. Sensationen! Effekte! 5 große Ballette!

Metropol-Theater Behrenstraße 54. 7½ Uhr: 11 Attraktionen

Scala Tägl. 8 Uhr, Mittwoch, Samstag 3 Uhr: 14 Sensationen

Circus Busch Tgl. 7½, Stg. auch 3 U.: Ballon-Katastrophe! Eine artist. Sensation. Die Schlange d. Dschungels. Elefanten Schwimm. Wasserbüffel. Bornat. Wiertz. u. Circuskasse

Hagenbeck Potsdamer Straße, Lützow 4271. Tägl. ½8 Uhr: Das große Hagenbeckprogr. Tägl. 9 Uhr: Internationale Meister-Ringkämpfe im Mittel- und Schwergewicht. Vorverkauf Tietz u. Tageskasse.

Kapitän-Kautabak Mk. 4.— das Stück im Einzelverkauf. Feinst. Geschmack; stets frisch. Zu kaufen in den Zigarrengeschäften usw. Generalvertrieb C. Röcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Tel.: Kgst. 3881)

Per sofort gesucht: Tüchtige Verkäuferinnen für die **Korsett-Abteilung**. Es wollen sich nur solche Damen melden, die in erstklass. Spezialgeschäften bereits tätig waren. Meldungen in der Zeit von 11–12 Uhr vormittags und 5–7 Uhr nachmittags. **Kaufhaus des Westens** G. m. b. H. Berlin W 50, Tauenzienstr. 21-24

Per sofort gesucht: Tüchtige Verkäuferin für die **Notenabteilung** welche perfekt vom Blatt Klavierspielen kann. Meldungen in der Zeit von 11–12 Uhr vormittags und 5–7 Uhr nachmittags. **Kaufhaus des Westens** G. m. b. H. Berlin W 50, Tauenzienstr. 21-24

Per sofort gesucht: Tüchtige Kontoristinnen welche gut rechnen können, jedoch nicht unter 17 Jahren, sowie **tüchtige Kassiererinnen**. Meldungen in der Zeit von 11–12 Uhr vormittags und 5–7 Uhr nachmittags. **Kaufhaus des Westens** G. m. b. H. Berlin W 50, Tauenzienstr. 21-24

Neben verd. bis 75 Mk. und mehr tägl. u. ausw. durch Heimarb. Adressenverlag Maneck, Dresden-A. 16.

Musiker für alle Gelegenheiten stellt die Ortsverwaltung des Deutschen Musikerverbandes, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, Nord. 868.

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cotamaps, Filter, Schlüpfer, moderne Maßarbeit. Bequeme diskrete Ratenzahlung. Krüger Gottlieb, Nollendorfstr. 22a, Nähe Nollendorfplatz. Geöffnet 9–7.

Geld für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41, III. Eine Kochstr.

Altmetalle zahle hohe Preise. Oderberger Str. 1. Amt Humboldt 417

Altmetalle unüberbietbare Preise zahlt Brückstr. 34. Hof

Bilder. Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit Vorwärts", Str. 8/9

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85

Geschäftszeit: Vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr • Tel.: Norden 833—836

Heute, Dienstag, 17. Januar 1922, abends 5–7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/26 (Saal 10)

Wichtige Besprechung aller Kollegen, die auf Aluminium arbeiten.

Am Mittwoch, den 18. Januar 1922, abends 6 Uhr, im Verbandshaus, Linienstraße 83-85, Zimmer 14 (Krankenabteilung)

Sitzung der Gruppenleitungen der Hauptgruppe Metallindustrie.

— Pünktliches Erscheinen ist Pflicht! —

Am Mittwoch, den 18. Januar 1922, abends 7 Uhr, bei Müller, Scheringstr. 8

Konferenz der Vertrauensleute und Generalversammlungs-Delegierten des 17. Bezirks

Am Mittwoch, den 18. Januar 1922, abends 5 Uhr, im „Dresdener Garten", Dresdener Straße 45a, Ecke Prinzenstr.

Außerordentliche Branchenversammlung der Graveure und Ziseleure

Tagesordnung:

1. Referat des Kollegen Ernst Brückner, Stuttgart: „Was lehren uns die Tarifverhandlungen und Abschlüsse vom 29. November 1921 und 16. und 17. Januar 1922?"
2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen dringend erwünscht.

— Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! —

Am Donnerstag, den 19. Januar 1922, nachm. 4½ Uhr, im „Bürgerheim Schrader", Alte Schönhauser Straße 23/24

Branchenkonferenz der Zigaretten-Maschinenführer

Am Donnerstag, den 19. Januar 1922, abends 7 Uhr, bei Rückebell, Neue Jakobstr. 1-3

Vertrauensmänner-Konferenz der Autogen- und Elektroschweißer

In der Konferenz werden die Handzettel ausgegeben.
Einladungen dazu erfolgen nicht mehr.

Am Donnerstag, den 19. Januar 1922, abends 6 Uhr, bei Schulz, Elisabethstraße 30

Funktionärkonferenz

für alle freigewerkschaftlichen Funktionäre, soweit sie in den Betrieben des V. S. M. I. beschäftigt sind, zum Metallkartell und zur Branche der Walzwerk-, Blei-, Drahtkabel- und Papierrohrarbeiter sowie -arbeiterinnen gehören.

Tagesordnung:

1. Bericht.
2. Stellungnahme zu der neuen Gruppierung.
3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Am Donnerstag, den 19. Januar 1922, abends 5 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45

Versammlung aller in den Gold- u. Silberwarenfabriken beschäftigten Kollegen und Kolleginnen

Tagesordnung:

1. Bericht der Tarifverhandlungskommission.
2. Wahl der Branchenleitung.
3. Verschiedenes.

Am Mittwoch, den 18. Januar 1922, abends 5½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24,

Gemeinsame Sitzung der Agitationskommissionen der Rohrleger u. Bauklempner.

Die Ortsverwaltung.

Todesanzeige. Am Dienstag, den 10. Januar, verstarb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Klavierarbeiter

Richard Piepenhagen

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 17. Januar, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Friedhofes, Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Frau Piepenhagen u. Kinder.

Der Mieterschutz Preis 4.00 Mark. Beste gemeinverständl. Darstellung des Mieterschutzes u. der Höchstmietenverordnung. Von Dr. Paul Herz und Rechtsanwalt Dr. Kurt Boenheim / II. Nachtrag: „Die Verordnungen des Mieterschutzes". Bestellen Sie sofort bei der Buchhandlung „Freiheit" / Berlin C 2

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der **zweimal** täglich erscheinenden Zeitung **„Freiheit"**

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauenwelt" u. „Jugend-Genosse" zum Preise von Mk. 21.— monatl., Mk. 10.50 halbmonatl. bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____

Ort: _____ Straße: _____ Nr. _____

(Namen deutlich schreiben, Adresse genau angeben, Hof, Str., Quergeb.)

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 8/9, einzusenden.

Ausschneiden!

Die neuen Steuerbücher

Durch das Gesetz vom 17. Dezember 1921 hatte der Reichstag die erst zu Beginn der Dezember veröffentlichen und mit dem 1. Januar 1922 in Kraft getretenen Durchführungsbestimmungen zum Lohnsteuergesetz einer abermaligen gründlichen Revision unterzogen. Nicht nur die bisherige Höhe der Bestimmungen von 24 000 Mark für den Lohn- und Gehaltsempfänger wurde auf 30 000 Mark heraufgesetzt — sondern auch die bisher maßgebenden abzugsfreien Beträge wurden so gründlich umgeworfen, daß von dem Vordruck der bis dahin verausgaben Steuerbücher für das Jahr 1922 nicht viel übrig geblieben ist. So ist vor allen Dingen der auf Seite 4 der Steuerbücher abgedruckte Tarif durch die oben erwähnte Gesetzesänderung überholt.

Die wenigsten Arbeitgeber wissen, woran sie sind. Gelten die bis dahin verausgabten Steuerbücher noch? Werden sie eingezogen oder was sollen ihre Lohnbureaus beginnen? Zu dieser Frage hat der Herr Reichsminister der Finanzen in dem Erlaß vom 20. Dezember 1921 Stellung genommen. Danach **behalten diese Steuerbücher voll und ganz ihre Gültigkeit**, auch die jetzt noch von den Gemeindebehörden aufzustellenden Bücher behalten den alten Vordruck und enthalten die alten Jahresermäßigungen von 120 Mark für den Steuerpflichtigen selbst, 120 Mark für die Ehefrau, 180 Mark für die minderjährigen Kinder und 180 Mark zur Abgeltung der nach § 13 E. St. G. zulässigen Abzüge.

Pflicht der Arbeitgeber ist es, an Stelle der auf dem Steuerbuch vermerkten Jahresgesamtermäßigung den Steuerabzug nach Maßgabe der nach den neuen Vorschriften sich ergebenden Jahresgesamtermäßigung vorzunehmen. Dies ist nach folgender Formel vorzunehmen: Die auf dem Steuerbuch bisher vermerkte Jahresgesamtermäßigung ist zu verdoppeln, und danach sind weitere 180 Mark zuzusetzen. Die dem so erhöhten Jahresbetrag entsprechende Steuerermäßigung bei vierteljährlicher, monatlicher, vierzehntägiger, wöchentlicher, täglicher oder zweistündlicher Lohn- oder Gehaltszahlung ergibt sich aus nachstehender Tabelle, die an Stelle der dafür auf Seite 4 des Steuerbuches abgedruckten zu treten hat.

Jahresbetrag laut Steuerbuch Mark	Jahresbetrag nach dem neuen Gesetz Mark	vierteljährlich Mark	monatlich Mark	vierzehntägig Mark	wöchentlich Mark	täglich Mark	zweistündlich Mark	Familienverhältnis
300	780	195	65	31.20	15.60	2.60	0.65	Ledig oder verwitwet ohne Kinder
360	900	225	75	36.00	18.00	3.00	0.75	
420	1020	255	85	40.80	20.40	3.40	0.85	Verheiratet ohne Kinder
480	1140	285	95	45.60	22.80	3.80	0.95	Verwitwet mit 1 Kind
540	1260	315	105	50.40	25.20	4.20	1.05	
600	1380	345	115	55.20	27.60	4.60	1.15	Verheiratet mit 1 Kind
660	1500	375	125	60.00	30.00	5.00	1.25	Verwitwet mit 2 Kind.*)
720	1620	405	135	64.80	34.40	5.40	1.35	
780	1740	435	145	69.60	34.80	5.80	1.45	Verheiratet mit 2 Kind.
840	1860	465	155	74.40	37.20	6.20	1.55	Verwitwet mit 3 Kind.
900	1980	495	165	79.20	39.60	6.60	1.65	
960	2100	525	175	84.00	42.00	7.00	1.75	Verheiratet mit 3 Kind.
1020	2220	555	185	88.80	44.40	7.40	1.85	Verwitwet mit 4 Kind.
1080	2340	585	195	93.60	46.80	7.80	1.95	
1140	2460	615	205	98.40	49.20	8.20	2.05	Verheiratet mit 4 Kind.
1200	2580	645	215	103.20	51.60	8.60	2.15	Verwitwet mit 5 Kind.
1260	2700	675	225	108.00	54.00	9.00	2.25	

Die Straßenbaupolizei in Groß-Berlin

Ausdehnung der Befugnisse der neuen Stadtgemeinde

Das Kammergericht hat in einem jüngst gefällten Urteil dahin erkannt, daß die durch die Kabinettsorder vom 28. Dezember 1875 begründete Zuständigkeit des Oberbürgermeisters der Stadtgemeinde Berlin in Sachen der **Straßenbaupolizei** auch nach Inkrafttreten des Gesetzes über Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 **bestehen geblieben** und auf das ganze Gebiet der neuen Stadtgemeinde Berlin ausgedehnt worden ist.

Im Bezirk der bisherigen Stadtgemeinde Berlin war die Straßenbaupolizei, das heißt, die gesamte auf die Anlegung, Regulierung, Entwässerung und Unterhaltung der Straßen und Brücken bezügliche örtliche Polizei, durch Kabinettsorder vom 28. Dezember 1875 dem Oberbürgermeister von Berlin zur eigenen Verwaltung überwiesen. Durch Gesetz vom 27. April 1920 sind zwar, wie das Kammergericht in seinem vom Kammergerichtsrat Hanschmann in der „Deutschen Juristenzeitung“ mitgeteiltem Urteil betont, die in § 1 genannten Gemeinden und Gutsbezirke nicht mit der bisherigen Stadtgemeinde Berlin vereinigt, in diese eingemeindet worden; die Einheitsgemeinde wurde in der Weise hergestellt, daß die Kommunen einschließlich Berlin, unter Aufgabe ihrer bisherigen Selbständigkeit, zu einer neuen einheitlichen Gemeinde und einem neuen einheitlichen Stadtkreise zusammengefaßt sind. Danach würden die polizeilichen Befugnisse, die dem Oberbürgermeister der bisherigen Stadtgemeinde Berlin zugestanden haben, **nicht** ohne weiteres auf den Oberbürgermeister der neuen Stadtgemeinde Berlin übergegangen sein. § 1 Abs. 2 sagt aber:

> „Sie (die neue Stadtgemeinde Berlin) gilt als Erweiterung der bisherigen Stadtgemeinde Berlin. Die für die bisherige Stadtgemeinde Berlin in ihrer Eigenschaft als Kommunalverband, sowie als Verwaltungsbezirk geltenden Vorschriften finden auf die neue Stadtgemeinde Berlin Anwendung, soweit nichts anderes im Gesetz bestimmt ist.“

Damit ist, wie die Begründung darlegt, rechtlich derselbe Erfolg wie bei einer Erweiterung Berlins durch Eingemeindung anderen Gebiets erreicht. Die kommunale Gebietshoheit Berlins gilt als automatisch ausgedehnt auf das Gebiet von Groß-Berlin; dasselbe gilt von der Wirksamkeit der für Berlin bisher geltenden verwaltungsrechtlichen Sondervorschriften. **Danach dehnt sich die bisher für Berlin bestehende besondere Zuständigkeit einer Reihe von staatlichen Behörden und Körperschaften automatisch auf Groß-Berlin aus.** Nur dadurch wird die Kontinuität des Rechtszustandes gewährt. Hiernach ist die durch Kabinettsorder vom 28. Dezember 1875 begründete Zuständigkeit des Oberbürgermeisters der Stadtgemeinde Berlin in Angelegenheit der Straßenbaupolizei mit dem am 1. Oktober 1920 erfolgten Inkrafttreten des Gesetzes vom 27. April 1920 bestehen geblieben, auf das ganze Gebiet der neuen Stadtgemeinde Berlin ausgedehnt worden und an die Stelle der Zuständigkeit der bisherigen Behörden getreten.

Kleine Mitteilungen. Beschwerden in Kleingarten-Angelegenheiten. Der Magistrat macht darauf aufmerksam, daß Beschwerden in Kleingarten-Angelegenheiten an den Oberpräsidenten als Aufsichtsbehörde aus Gründen der Beschleunigung zweckmäßig beim Magistrat der Stadt Berlin, **Zentral-Kleingartenamt**, Berlin NW. 23, Klopstockstraße 24, einzureichen sind. — Das Bezirksamt Charlottenburg erläßt eine öffentliche Mahnung zur Steuerzahlung für das Gebiet seines Verwaltungsbezirks, wonach alle Steuerpflichtigen aufgefordert werden, die Betriebssteuer für das 1., 2. und 3. Vierteljahr 1921 (1. April bis 31. Dezember 1921) spätestens bis zum 23. Januar 1922, an die Steuerkasse A im Rathause, Berliner Straße 72/73, abzuführen. — Die Verteilung der Zinsen aus der Helene-Rosenthal-Burkardt-Stiftung wird demnächst erfolgen. Gesuche von in Berlin (nicht Groß-Berlin) wohnhaften Frauen, die ehemalassen sind oder sich im Ehescheidungsprozeß befinden, sind dem Zentralwohlfahrtsamt, C. 2, Mühlendamm 1, einzureichen. In den Gesuchen sind der Vorname, sowie der Geburtstag und Geburtsort des Ehemannes anzugeben. Gesuche geschiedener Frauen werden nicht berücksichtigt. — Warnung vor einem Lebensmittelschwindler. Wie aus verschiedenen beim **Bezirksamt Spandau** eingegangenen Anzeigen hervorgeht, sucht ein Schwindler, welcher sich Sekretär Weber nennt, eine große Anzahl Familien auf, um sich Vorschüsse für angebliche Lebensmittellieferungen geben zu lassen. Er gibt an, daß infolge einer Stiftung der Kommunalverband Spandau in der Lage sei, billige Lebensmittel abzugeben. Obwohl bereits vor längerer Zeit in der Presse hierauf hingewiesen ist, scheint der Schwindler seine Tätigkeit noch mit Erfolg fortzusetzen. Es kann daher nicht dringend genug vor dem Schwindler gewarnt werden.

Ein Nachspiel zu den Arbeitslosendemonstrationen vor dem Berliner Rathause beschäftigte gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte. Am 25. August v. J. hatte vor dem Rathause ein Demonstrationszug der Erwerbslosen Posto gefaßt und versuchte vergeblich, Delegierte ins Rote Haus zu senden, um den Stadtvätern die Notlage, die Wünsche und Beschwerden der zahlreichen auf der Straße Harrenden vorzutragen. Es kam dabei zur Sistierung von vier Personen, die jetzt unter der Anklage des Widerstandes standen: einer aus Polen stammenden Händlerin **Klima**, die behauptet, der sie sistierende Wachtmeister habe sie u. a. „polnische Sau“ genannt, und da habe sie ihm vor Wut in die Hand gebissen, der Arbeiter **Schlörke**, der energischen Widerstand geleistet haben soll, und noch zwei Arbeiter. Gegen die letzten beiden hielt das Schöffengericht den Schuldbeweis nicht für erbracht, so daß ihre Freisprechung erfolgte. Dagegen wurde Frau **Klima** zu 50 M., **Schlörke** zu 200 M. **Geldstrafe** verurteilt. Das Gericht sah es als strafmildernd an, daß die Angeklagten sich in dem allgemeinen Lärm und der Erregung, die sich der Menge bemächtigt hatte, haben hinreißen lassen.

32 000 Gimpel

Ungeahnte Perspektiven eröffnet eine von dem Wettkonzerninhaber Carl **Kühn** erstattete **Strafanzeige** gegen sämtliche an dem Konzern beteiligt gewesene Einleger wegen **Glücksspiels** bzw. **Beteiligung am öffentlichen Glücksspiel**, bzw. **Beihilfe zum Vergehen gegen das Glücksspielgesetz**, bzw. zum **Vergehen gegen den § 3 des Totalisatorgesetzes**.

In dieser Anzeige werden von Rechtsanwalt Georg **Tarnowski** als Rechtsvertreter des Kühn folgende rechtlichen Gesichtspunkte geltend gemacht: Die Tätigkeit der Wettkonzerninhaber bzw. Kühns Tätigkeit bestand nur darin, die Einzelzahlungen der Einleger am Totalisator und eventuell beim Buchmacher unterzubringen. Von den Buchmachern abgesehen, sind also in erster Linie die **Einleger** die **Spieler**. Es kann gar keine Rede davon sein, daß etwa die Einleger nicht gewußt haben sollten, daß sie ihr **Geld zum Zwecke des Wettens** gegeben haben. Dies habe jeder Einleger schon durch die Reklame und Prospekte wissen müssen und die Absicht der Einleger ging selbstverständlich dahin, durch die so zweckentsprechend wie möglich anzulegenden Wetteinsätze Spielergewinne und damit einen **Zuschuß zu ihrem Einkommen** (!) zu erzielen. Wenn ein Konzerninhaber wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels bestraft werden kann, so liegt logischerweise auf seiten der Einleger derselbe Tatbestand bzw. eine Beihilfe vor. — Kühn sagt darum in der Anzeige weiter wörtlich: „Ich muß jedenfalls mit aller Entschiedenheit darauf hinweisen, daß es nicht angängig ist, gegen mich wegen Vergehens gegen das Glücksspielgesetz usw. vorzugehen, die Einleger aber als die eigentlichen Spieler zu schützen. Es ist ein Erfordernis des Gesetzes und der Gerechtigkeit, daß gegen die Angezeigten, denen auch zivilrechtliche Ansprüche auf Rückzahlung nicht zustehen, worüber in letzter Instanz das Reichsgericht zu entscheiden haben wird, die erforderlichen Ermittelungen angestellt und das weitere veranlaßt wird.“ — So weit Herr Kühn selbst. Sollte seine Anzeige von Erfolg begleitet sein, so würden die Berliner Gerichte wohl für die nächsten Jahre mit Arbeit versorgt sein, da allein für Berlin etwa 32 000 **Einleger** in Frage kommen. Der selige **Ben Akiba** würde somit wieder einmal ins Unrecht kommen, denn 32 000 Angeklagte dürften doch wohl noch nicht dagewesen sein.

Ein Mörder aus Todesangst gestorben

Wie in den letzten Tagen berichtet, war der Kaufmann Koppe zusammen mit dem Kaufmann Freymundt wegen Raubmordes vor dem Schwurgericht des Landgerichts II angeklagt, das auf Nichtschuldig des Mordes erkannte und bei Koppe und Freymundt nur die Schuldfragen nach Totschlag und schweren Raub bzw. Beihilfe dazu bejahte. Koppe wurde zu **lebenslänglichem Zuchthaus** verurteilt, während Freymundt mit zehn Jahren Zuchthaus davonkam. Als nun die Geschworenen in der Mitternachtsstunde wie üblich zunächst in seiner Abwesenheit den Wahrspruch verkündeten, horchte Koppe an der Tür zum Schwurgerichtssaal, was für ihn zum Verhängnis oder vielleicht auch zur glücklichsten Lösung wurde. Er **mißverstand** den Wahrspruch und glaubte, daß die Geschworenen die Schuldfrage nach Mord bejaht hätten, er also zum Tode verurteilt werden würde. Da packte ihn eine furchtbare **Todesangst**, die sich immer mehr steigerte, als sich herausstellte, daß sich ein Fehler in den Wahrspruch eingeschlichen hatte und infolgedessen ein Berichtigungsverfahren eintreten mußte, das über eine Stunde in Anspruch nahm. Die Ungewißheit, in der Koppe so fast eineinhalb Stunden schwebte, wirkte derart, daß er ganz verfallen die Anklagebank betrat und erst etwas aufatmete, als sein Verteidiger, Rechtsanwalt Müller-Straßmeyer, betroffen über den Anblick, seinem Klienten kurz andeutete, daß es „den Kopf nicht kosten würde“. Koppe hat jedoch die Folgen der Todesangst nicht überwunden. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend machte im Untersuchungsgefängnis ein **Herzschlag** seinem Leben ein Ende.

Die „Buchführung“ des Klingelfahrers

Auf **alleinstehende Frauen** hatte es ein Klingelfahrer abgesehen, der gestern in der Kreuzbergstraße auf frischer Tat ertappt und unschädlich gemacht wurde. Hier wurde von Hausbewohnern ein junger Mann beobachtet, der sich verdächtig an der Wohnungstür einer Frau zu schaffen machte. Sie nahmen ihn fest und übergaben ihn der Polizei. Diese entlarvte ihn als einen gewerbsmäßigen Klingelfahrer Paul Roszak, der aus Polen hierher gekommen ist. Bei ihm fand man ein langes **Verzeichnis** von alleinstehenden Frauen, die er bereits heimgesucht hatte oder noch aufzusuchen gedachte. Wenn er wider Erwarten eine Frau zu Hause traf, so redete sich der Einbrecher jedesmal damit heraus, daß er ein möbliertes Zimmer suche. Die Beute machte er immer sofort zu Geld. Deshalb fand man in seiner Behausung

---

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf Fürst.

Copyright 1921 by Greiblein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(69. Fortsetzung)

„Was: aber jetzt?“ fragte Réal, wobei er fieberhaft ein Brotkügelchen zwischen den Fingern drehte.

„Jetzt nimmt die Sache eine böse Wendung. Daß man gegen den Krieg spricht, mag hingehen. Aber daß man für die Boches eintritt, wohl gar für eine deutsch-französische Freundschaft — das geht nicht, alter Freund, das geht so nicht fort.“

Er schlug auf den Tisch, daß der Wein in den Gläsern schwankte.

„Ich spreche, wie es mir mein Gewissen vorschreibt,“ sagte Réal. „Ich studiere die Frage. Das ist der Unterschied zwischen dir und mir.“

Duport hob die Schultern.

„Muß man eine solche Frage studieren? Sie ist im vorhinein entschieden. Und ich versichere dir, es ist peinlich, einen Mann von deinem Wert als Verbreiter einer so niederträchtigen Lehre zu sehen!“

„Nochmals,“ wiederholte Réal, „ich halte diese Lehre für gerecht und nützlich.“

„Du stiftest Aufruhr an.“

„Vielleicht Aufruhr, aber heilsamen.“

Duport höhnte:

„Heilsamen? Prächtig! Vier Jahre hat man gekämpft, um mit Deutschland ein Ende zu machen, und jetzt findest du heilsam, es hochzuschätzen? Du vergißt wohl unsere anderthalb Millionen Tote?“

Immer dieselbe abgenützte Formel! Empfindsamkeit, wo die Vernunft versagt!

„Mein Lieber,“ versetzte Réal ruhig, „das ist eine rethorische Formel. Ich bitte dich, keine Rhetorik. An der Rhetorik gehen wir in Frankreich noch alle zugrunde.“

Der andere schrie:

„So ist's recht, schimpfe doch auf Frankreich! Das mußte kommen!“

„Du bist albern! Ich schimpfe doch nicht auf Frankreich!“

„Nein, aber du bringst es um, ermordest es durch Messerstiche in den Rücken, indem du deine Sophismen ableierst. Du machst dich zum Vorkämpfer der ‚Kultur‘, die ja doch nur das Ende der Zivilisation bedeutet.“

Réal lächelte bitter:

„Und der Krieg — der war wohl nicht das Ende der Zivilisation?“

Mit einer wütenden Gebärde stieß Duport seinen Teller fort.

„Schließlich, einmal muß die Blase platzen, und so will ich dir sagen, was man von dir erzählt. Wer sich so wie du für die Boches einsetzt, wird verdächtig. Man kennt ihre Geldmittel. Es gibt Menschen, die Geld brauchen. Die Leute dort haben Geld genug, was du auch sagen magst. Ich behaupte nicht, daß du zu den Geldbedürftigen gehörst, ich berichte dir nur, was geklatscht wird. Nimm es als Klatsch und reg' dich nicht auf!“

Alle Mienen wurden gespannt. Was würde Réal antworten? Selbst die Kellner hörten auf zu bedienen und rissen die Augen auf. Er erzitterte unter der Beleidigung, wie wenn sie tödlich gewesen wäre. Dann sagte er mit erzwungener Ruhe, doch die Nägel in die Handflächen gedrückt:

„Was man klatscht, ist mir einerlei. Und diese Anklage ist gar zu dumm, denn . . .“

Der andere unterbrach ihn:

„Um so schlimmer! Es ist doch natürlich, daß man auf solche Gedanken kommt, wenn man sieht, daß ein Mensch wünscht, Frankreich solle das Paradies der Boches werden . . .“

„Ich wünsche doch derartiges nicht . . .“

„Doch!“ brüllte Duport wütend. Er war leichenblaß. Sein Schnurrbart zitterte. „Gewiß möchtest du die Boches bei uns eingebürgert sehen. Sei doch so aufrichig, es zuzugeben! Das ist aber eine Schande! Um so zu denken, muß man die Seele eines Besiegten haben . . .“

Réal richtete sich auf, daß sein Stuhl umfiel. Auch Duport hatte sich erhoben.

„Wirklich, eines Besiegten, eines Feiglings!“

„Sag' das noch einmal!“

„Eines Feiglings“, wiederholte Duport und schmitt eine verächtliche Fratze.

Réal faßte, sinnlos vor Zorn, sein Glas Rotwein und goß den Inhalt Duport mitten ins Gesicht. Duports Kragen und Vorhemd zeigten violette Flecken. Das Tischtuch mit sich reißend und das Gedeck fortstoßend, stürzte er sich auf Réal. Die Nächstsitzenden legten sich ins Mittel. Man führte den Wütenden in ein Nebenzimmer.

Im Eßsaal wurde der Zwischenfall eifrig besprochen. „Wie unangenehm“, meinte Lebardeau-Chatenais und liebkoste seinen langen Bart. Pelletier setzte Malapied auseinander, daß ein Zweikampf wahrscheinlich sei, daß man ihn aber wegen des neuen Gesetzes werde geheim halten müssen.

Jacobi war allein bei Réal geblieben und suchte ihn zu beruhigen.

Réal bedauerte sein Vorgehen.

„Weißt du, ich glaubte, die ganze öffentliche Meinung in ihrer Dummheit vor mir zu haben.“

Giraudet und Pelletier kamen aus dem Nebenzimmer, wo Duport seinen Anzug zu ordnen suchte. Sie brachten die Nachricht:

„Duport besteht auf Zweikampf oder Entschuldigung.“

„Was?“ rief Réal. „Er schimpft mich Feigling und will noch, daß ich mich entschuldige?“

Ein wirres Gespräch wurde hörbar. All diese Leute die den ganzen Wortwechsel mit angehört hatten, vermochten nicht zu beurteilen, wer der schuldige Teil war.

„Nun gut,“ schloß Réal, „wenn er einen Zweikampf haben will — es ist zwar blödsinnig — aber ich werde mich schlagen.“

Jacobi und Montignac boten sich ihm als Zeugen an . . .

Am nächsten Tag wurde die Angelegenheit ordnungsgemäß ausgetragen. Der Zweikampf sollte in vierundzwanzig Stunden stattfinden. Ein Haus in Neuilly sollte den Kämpfern zur Verfügung gestellt werden. Degen, Promenade-Handschuh. Weiches Hemd.

Solange Jacobi und Montignac bei ihm waren, zog Réal die Sache ins Scherzhafte. Er wollte seinen Mut zeigen.

Nachher besuchte er Frau Paravère. Nur sie sollte von dem Zweikampf erfahren. Weder seiner Frau noch selbst Yvonne wollte er etwas verraten. Ein Rohrpostbrief hatte Yvonne verständigt, daß sie sich am nächsten Tage nicht bemühen möge. Nachher würde man ja sehen.

Seine Schwester war nicht wenig erschrocken, als er ihr mitteilte: „Ich schlage mich morgen.“

In diesem Augenblick meldete das Hausmädchen einen Besuch. Yvonne trat ein, begrüßte Réal und fand seine Schwester in Tränen aufgelöst.

Sie begriff sofort. Etwas Ernstes. Was mochte es sein?

Réal konnte die Wahrheit nicht verschweigen.

„Ich schlage mich . . . morgen um drei Uhr . . . mit Duport . . .“

(Fortsetzung folgt.)

in der Friedrich-Wilhelm-Straße zu Tempelhof nur noch wenig gestohlenes Gut, darunter einen grauen Karton mit einem Besteck mit Perlmuttergriffen, dessen unbekannter Eigentümer sich im Zimmer 103 des Berliner Polizeipräsidiums melden kann.

Razzien auf dem Schlesischen Bahnhof. In der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr wurde der Wartesaal 4. Klasse des Schlesischen Bahnhofs durch Polizeibeamte ausgehoben. 9 Personen, die sich nicht ausweisen konnten, wurden festgenommen. Darunter befanden sich drei steckbrieflich gesucht Verbrecher. — Wenige Stunden später fielen die Beamten abermals überraschend in denselben Wartesaal ein und sistierten 17 Personen. 7 von ihnen wurden eingeliefert, von denen eine steckbrieflich gesucht wurde.

Ein Leichenfund im Wasser beschäftigt wieder die Kriminalpolizei. Bei Schildhorn landete der Wasserschutz die Leiche eines Knaben, die mehrere Verletzungen aufweist. Das linke Ohr fehlt ganz. Auf der linken Gesichtshälfte laufen Verletzungen von der Wange bis zur Wirbelsäule. Es ist aber wahrscheinlich, daß alle diese Verletzungen von Dampferschrauben herrühren. Die Leiche hat etwa drei bis vier Wochen im Wasser gelegen. Sie wurde nach der Halle in Charlottenburg gebracht. Hier wurde festgestellt, daß es der seit dem 8. Dezember verschwundene 12jährige Knabe Walter Kroll ist.

Internationale Jugendkonferenz

Internationale Zusammenarbeit der sozialistischen Jugend

Am 14. und 15. Januar fand in Leipzig eine Beratung von Vertretern der Arbeiter-Jugend-Internationale und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft mit der Frage des Verhältnisses der beiden internationalen Verbindungen und der Möglichkeit gemeinsamer Aktionen beschäftigte.

An der Konferenz nahmen von der Arbeiter-Jugend-Internationale teil: Voogd-Holland, Hoyaux und de Graeve-Belgien, Christiansen-Dänemark, Lindström-Schweden, Westphal-Deutschland, der internationale Sekretär Ollenhauer, und Albrecht für das internationale Bureau. Von der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen waren anwesend Thaller-Oesterreich, Hofbauer und Paul-Tschechoslowakei, Schröter und Hübler-Deutschland und Heinz vom internationalen Bureau der Arbeitsgemeinschaft. Außerdem nahmen an der Konferenz eine Reihe von Gästen teil.

Der Vorsitzende der Arbeiter-Jugend-Internationale Voogd-Holland, legte einleitend die Auffassung dar, die die Arbeiter-Jugend-Internationale veranlaßt hat, diese Konferenz anzuregen. Er gab der Meinung Ausdruck, daß in bestimmten Fällen ein Zusammenarbeiten der beiden internationalen Verbindungen und der angeschlossenen Verbände möglich und im Interesse der arbeitenden Jugend gelegen ist.

Der Vorsitzende der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen, Thaller-Oesterreich, legte hierauf dar, welche Gründe die der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen angeschlossenen Jugendverbände zur Schaffung einer eigenen internationalen Verbindung veranlaßt haben. Nach der Auffassung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sei es die Aufgabe der Konferenz, die Möglichkeiten gemeinsamen Wirkens der beiden internationalen Verbindungen zu prüfen.

Hoyaux-Belgien begründet eine von der Arbeiter-Jugend-Internationale-Bielefeld auf Antrag der Belgier beschlossene Resolution, die zur Einberufung der gemeinsamen Konferenz geführt hat. Er wünscht die Einberufung eines internationalen Einigungskongresses der sozialistischen Jugend.

Voogd-Holland erstattet im Namen des Bureaus der Arbeiter-Jugend-Internationale Vorschläge für die Zusammenarbeit der beiden internationalen sozialistischen Verbindungen. Die Vorschläge erstrecken sich auf die Veranstaltung gemeinsamer Jugendtage und Kundgebungen sowie das Erfassen gemeinsamer Manifeste, Materialaustausch usw.

Heinz vom Bureau der Arbeitsgemeinschaft vertritt die Auffassung, daß eine Einigung der proletarischen Jugendorganisationen in einer internationalen Verbindung vor Ueberwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung kaum möglich sein dürfte. Er erklärt namens des Bureaus der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen, daß er den Vorschlägen der Arbeiter-Jugend-Internationale grundsätzlich zustimme, daß jedoch die Einzelheiten des Zusammenwirkens von den beiden internationalen Bureaus, im Einvernehmen mit den ihnen angeschlossenen Verbänden, von Fall zu Fall festgelegt werden sollen.

Hierauf erfolgt eine eingehende Aussprache der Vertreter der beiden sozialistischen Jugendverbände Deutschlands über ihre politische und wirtschaftliche Wirksamkeit und das bisherige und zukünftige Verhalten zueinander, in der vom Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands Westphal, von der Sozialistischen Proletarierjugend Deutschlands Schröter, Hofbauer-Tschechoslowakei, sowie die als Gäste anwesenden Genossen Brandes (Sekretär der Sozialistischen Proletarierjugend Deutschlands) und Krämer-Berlin sprechen. Auf Vorschlag Hoyaux-Belgien wird einstimmig beschlossen, daß die angeschlossenen Verbände im Sinne der Vereinbarungen der beiden internationalen Bureaus arbeiten sollen und die Anregung Hoyaux-Belgien zur Abhaltung eines Einigungskongresses den beiden Bureaus zur Berücksichtigung überwiesen.

Am zweiten Verhandlungstage wurde die Frage des Militarismus einer Erörterung unterzogen. Den Standpunkt der Internationalen Arbeitsgemeinschaft vertraten Paul-Tschechoslowakei und Heinz-Oesterreich, die Auffassung der Arbeiter-Jugend-Internationale Voogd-Holland und Lindström-Schweden. Es wurde beschlossen, die Frage von neuem in den Verbänden zur Diskussion zu stellen und in einer späteren internationalen Konferenz zu erörtern. Nach einem Schlußwort Voogds wurde die Konferenz geschlossen.

Gewerkschaftliches

Publikationen des Holzarbeiterverbandes

Jahrbuch 1920 des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Herausgegeben vom Verbandsvorstand Berlin 1921, Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Das umfangreiche etwa 500 Seiten starke Jahrbuch zeigt reich durchsetzt mit Statistiken die Organisationstätigkeit und Entwicklung des Verbandes für das Berichtsjahr. Wiederum sind Fortschritte zu berichten. Die Zahl der Ortsverwaltungen stieg von 1193 auf 1318. Trotzdem einige Zahlstellen durch Abtretung bisher deutscher Gebietsteile verloren gingen, erhöhte sich die Mitgliederzahl von 361 054 auf 370 340. Den Gesamteinnahmen von 45 332 390 Mark (pro Mitglied 119 Mark) stehen Gesamtausgaben von 36 876 767 Mark (pro Mitglied 97 Mark) gegenüber. Für Streikunterstützung wurden 11 896 943 Mark, für Arbeitslosenunterstützung 6 759 051 Mark und für Krankenunterstützung 1 713 402 Mark verausgabt. Die Organisation führte 3721 Lohnbewegungen, davon waren 2931 Angriffs- und 19 Abwehrbewegungen ohne Streik, 678 Angriffsstreiks und 43 Aussperrungen. In 42 253 Betrieben waren an diesen Bewegungen 572 945 Personen beteiligt. Erreicht wurde für 38 312 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 1,6 Stunde per Woche und eine Lohnerhöhung von 37,80 Mark per Kopf und Woche. Die Zahl der durch Tarifverträge erfaßte Betriebe stieg von 18 779 auf 22 856 mit 327 544 Belegschaftsmitgliedern. Das Jahrbuch ist musterhaft ausgestattet, übersichtlich und gibt ein erschöpfendes Bild reger, vorbildlicher Gewerkschaftsarbeit. —

Gewerkschaftliche Zeit- und Streitfragen. Referat auf dem 12. Verbandstag in Hamburg von Fritz Tarnow. Berlin 1921, Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Der Referent behandelt die Kommunistische Keimzellenbewegung, die Frage der Arbeitsgemeinschaften, das internationale Arbeitsamt und die Frage Berufs- oder Industrieorganisation. — Mit vielen Schlußfolgerungen des Referenten können wir uns keinesfalls einverstanden erklären.

Aufgaben und Organisation der Betriebsräte, Berlin 1921, Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Referat auf dem 12. Verbandstag von Karl Jahn. Das kleine Heftchen kann jedem Betriebsrat empfohlen werden.

Sie lebt noch

Nämlich die Technische Nothilfe. Eine Berliner Lokalkorrespondenz berichtet, daß sich das Eingreifen der technischen Nothilfe im Mühlenarbeiterstreik notwendig gemacht habe, um 300 Tonnen amerikanischen Weizen vor dem Verderben zu bewahren. Die Streikleitung soll von der Direktion der Humboldt-Mühle in Tegel auf diese Gefahr aufmerksam gemacht worden sein, es aber abgelehnt haben, die notwendigen Arbeitskräfte zur Ausführung der Notstandsarbeiten zur Verfügung zu stellen.

Da wir die Meldung gestern abend spät erhielten, war es uns leider nicht möglich, einen Bericht von der Streikleitung zu bekommen. Wir sind jedoch davon überzeugt, daß die Streikleitung es nicht dazu hätte kommen lassen, daß 300 Tonnen Weizen verderben. Das Eingreifen der Technischen Nothilfe war aber notwendig, um erstens einen Grund für ihre Existenzberechtigung zu schaffen und zweitens, um auf die streikenden Mühlenarbeiter einen Druck auszuüben. Die organisierte Arbeiterschaft wird sich von solchen Machenschaften nicht ins Bockshorn jagen lassen.

U.S.P.D.-Holzarbeiter!

Heute, Dienstag, den 17. Januar, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25, abends 7 Uhr, Versammlung aller im Holzarbeiter-Verband organisierten U. S. P. D.-Holzarbeiter. Ref. Genosse Ziska spricht über: Unsere Arbeit in den Gewerkschaften. Sympathisierende Kollegen sind mitzubringen. Partei- und Verbandsbuch legitimieren. U. S. P. D.-Werbeausschuß.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Am Mittwoch, den 18. Januar, nachmittags 5 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel Ufer 25, eine große Frauenversammlung statt. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht einer jeden Kollegin, unbedingt in dieser Versammlung zu erscheinen und auch in den Betrieben rege Agitation zu dieser Versammlung zu entfalten! Tut Eure Pflicht!

U. S. P.-Buchbinder! Zu der von der Verwaltung zu Mittwoch, den 18. Januar, einberufenen Frauenversammlung ersuchen wir alle Kolleginnen, welche Anhänger unserer Bestrebungen sind, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Fraktionsvorstand.

Zimmerer Groß-Berlins! Vertrauensmännerversammlung am Mittwoch den 18. d. M., nachmittags 3 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal 5. Alle Vertrauensmänner, Obleute und Betriebsräte des Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbes sowie aus sämtlichen Fabrikbetrieben sind eingeladen. Auf allen Arbeitsstellen, wo die Neuwahl nach dem Streik noch nicht erfolgt ist, muß diese sofort vorgenommen werden und sind die neugewählten Kameraden in die Versammlung zu entsenden. Wir bitten die Kameraden, dafür zu sorgen, daß alle Baustellen vertreten sind. Eine besondere Einladung durch die Post an die Vertrauensmänner zu dieser Versammlung erfolgt nicht. Der Vorstand.

U. S. P. D.-Gastwirtsangestellte. Mittwoch, den 18. Januar, vormittags 11 Uhr, in der Arbeiterbildungsschule, Breite Straße, Versammlung und Zahlvormittag. Bestimmtes Erscheinen ist Pflicht!

Der neue einheitliche Transportarbeiterverband in Großbritannien. Der aus der Verschmelzung mehrerer lokaler und nationaler Organisationen hervorgegangene Transportarbeiterverband hat am 1. Januar seine Tätigkeit angefangen. Das Ergebnis eines vorgenommenen Referendums war, daß Harry Gosling zum Präsidenten, Ernest Bevin zum Sekretär und Stanley Hirst zum Kassierer gewählt wurden.

Parteiveranstaltungen

Die Ausschußsitzung der Kinderschutzkommission findet Mittwoch, den 18. Januar, Stadthaus, Stralauer Straße, Eingang Königstraße, Zimmer 339, abends 6 Uhr, statt. Erscheinen dringend notwendig.

Der Referentinnenkursus fällt wegen Krankheit der Genossin Seger heute aus.

Neukölln-Britz. Die Bezirkskassierer werden gebeten, in dieser Woche vom Dienstag bis Freitag, abends 6½—8 Uhr, im Bureau abzurechnen.

Dienstag, 17. Januar

12. Distrikt. Die Genossen der 2. und 3. Abteilung treffen sich abends 5 Uhr bei Röver, Stargarder Str. 18, zur Flugblattverbreitung. Die Bezirksführer müssen dazu einladen.

Charlottenburg. Abends 7 Uhr Sitzung der Kommunalen Kommission im Rathaus, Zimmer 304.

Mittwoch, 18. Januar

5. Verwaltungsbezirk (Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald). Abends 8 Uhr Funktionärsitzung bei Kuske, Lauenburger Str. 21. Da das Lokal am Donnerstag nicht frei ist und am 20. Januar eine Bezirksverordnetenversammlung stattfindet, muß die Funktionärsitzung statt am Donnerstag, am Mittwoch stattfinden.

19. Verwaltungsbezirk. Abends 7 Uhr Sitzung der Bildungskommission bei Baier, Pankow, Mühlenstr. 12.

6. Distrikt. Abends 7 Uhr Zusammenkunft der Mitglieder der Zeitungsbeschwerdekommission bei Barleben, Wildenowstraße.

8. Distrikt. 7 Uhr Bildungskommission in der Schule Tegeler Straße (Physikzimmer).

Vereinskalender

S. P. J.-Zentrale. Die erste Uebungsstunde des Gesangchors findet am Sonnabend, abends 6 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule statt. Stimmbegabte Jugendgenossinnen und -genossen müssen unbedingt erscheinen.

Dienstag, 17. Januar

Vereinigung der Freunde von Rel. u. Völkerfrieden. Abends 7½ Uhr öffentliche Versammlung in der Aula der Leibniz-Oberrealschule, Charlottenburg, Schillerstraße 125-127 (Nähe Knie, Zoo, Savignyplatz). Der sozial. Pfarrer Bleier spricht über Bismarcks 3. Band. Anschließend Diskussion. Eintritt für Gäste 1 M.

Deutscher Transportarbeiter-Verband (Bezirk Groß-Berlin). Abends 7 Uhr Gruppenversammlung der Handelsarbeiter aus allen Betrieben der Feinleder- und Lederwarenbranche bei Witte, Poststr. 29.

Mieter-Schutz-Vereinigung Fehrbelliner Str. 6. Abends 7½ Uhr außerordentliche Funktionärsitzung. Stellungnahme zur Generalversammlung.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beigefügt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Leserkreise.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: R. Hensel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Die
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2 Breite Straße 8-9
Geöffnet bis 6 Uhr abends
übernimmt die Einrichtung und Ergänzung von Bibliotheken für Partei und Gewerkschaften, Schulen und Gemeindebüchereien
Bücherverzeichnisse kostenlos

Ausschneiden!

Inventur-Ausverkauf
Nur Qualität!

Chevreau-Damenstiefel moderne Form	175	Damen-Schnür- und Spangenschuh Ia. R.-Chevreau 198, 175,	135
Boxkalf-Damenstiefel Hochschaft, neue moderne Form, allerfeinste Ausführung	275	Echt Chevreau-Spangenschuh auch Pumps, sehr elegante Ausführung ... 198,	168
Ia. Chevreau-Damenst. Hochschaft, sehr elegant	235	Lack-, Spangen- und Schnürschuh Ia Qualität, sehr elegante Ausführung 299,	265
Kinderstiefel sowie die elegantesten Damen- und Herrenstiefel in groß. Auswahl zu mäßigen Preisen		Herrenstiefel extra preiswert, Boxkalf u. R.-Chevreau, moderne Form 295, 250,	215

Schönhauser Allee 114 Bahnhof Schönhauser Allee
Schuh Industrie Hof
Schönhauser Allee 114 Im Hause der Morgenpost-Filiale
Aufbewahren!

Platin, Gold- u. Silberbruch
Zahngebisse • Uhren • Ketten • Ringe sowie sämtl. Altmetalle kauft zu Engrospreisen
Roseneck
Berlin O, Schreinerstr. 32, Laden, 1 Mtr. v. Bhf Frankf. Allee und Neukölln, Ziethenstraße 41, an der Bergstraße. Größtes Absatzgebiet für Händler. Feuergoldvergütung.

Marinestabsarzt Dr. med. Dammann's Kaoikalm ttel gegen
Geschlechtsleiden!!
Wenn Sie alles umsonst oder ohne dauernden Erfolg angewandt, lassen Sie sich sofort beschreibende Broschüre kostenlos in verschloss. Kuvert ohne Aufdruck geg. 4 M. für Porto u. Spesen senden. Tausende freiwill. Dankschreiben. Präparate seit langen Jahren bewährt geg. Harnröhrenleiden (Ausfluß frisch u. veraltet), Syphilis, ohne Einspritzung, ohne Quecksilber u. Salvarsan, ohne Berufsstörung. Mannesschwäche (aufsehenerregende Erfolge bei allen Altersstufen), Weißfluß. Leiden genau angeben, damit richtige Broschüre gesandt wird. Auskunft kostenlos geg. Rückp.
Dr. med. H. Seemann, G. m. b. H. Sommerfeld 6 (Bez. Frankfurt, Oder) Berlinerstraße 12.
Spezialärztliche Leitung.

Möbel
kaufen Sie nirgends so billig und gut wie bei
Neugebauer
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 128 I, E Schillerstr. Kein Laden

USPD
Taschen-Kalender 1922
Aus dem Inhalt:
Aufgaben der Betriebsvertretungen
Lohnsteuer, Abzug vom Arbeitslohn / Hilfe bei Unglücksfällen
Einnahme- und Ausgabetabellen
Statistik der Reichstagswahlen
Reichhaltiges Adressen-Material
Tarife / Interessante Notizen u. a.
★
Gutes schreibfähiges Papier
Halbleinen gebunden
5.— Mark
Zu beziehen durch die Freiheit-Speditionen und Buchhandlung „Freiheit" · Berlin C 2

Werbt für unser Blatt!

Botenfrauen sofort gesucht
Hauptexpedition
C. 2, Breite Straße 8-9
Spedition Jordan
Dresdener Straße 24
Spedition Sinner
Skalitzer Straße 101
Spedition Kolbe
O, Weberstraße 25
Spedition Franke
Genter Straße 34
Spedition Lohmann
Hussitenstraße 43
Spedition C. Belz
Rosenthal, Niederstr. 3
Spedition Wutzky
Choriner Straße 68
Spedition Franzen
Wittstocker Straße 19
Spedition Spichermann
Pankow, Mühlenstr. 20
Spedition Kitzerow
Lübecker Straße 16
für Hansa-Viertel
Spedition Krüger
Neukölln, Emser Str. 32